

und...?!

FACHZEITSCHRIFT ZUR UNTERSTÜTZUNG LINKSRADIKALER DISKUSSIONEN

Seite 2
Geschichte des Staates Israel

Seite 9
Vom Gottesmörder zum
Weltenfeind

Seite 11
Antizionismus, Israel und die
deutsche Linke

Seite 17
Antisemitismus und Wertform

Seite 21
Der Kommunismus und Israel

Muhammed



Jyllands Posten Danmark

Jens Julius

SCHWERPUNKT: Israel und Antisemitismus

Geschichte des Staates Israel

Die Verfolgung und Vernichtung der Juden in der Shoa hatte gezeigt, wie nötig ein Judenstaat war. Die Tragik Israels ist, dass dieser Staat erst drei Jahre nach dem Ende des Holocausts und unter vehementem Widerstand anderer Länder Wirklichkeit werden konnte.

Um die Situation im Nahen Osten und im Staat Israel heute verstehen zu können, ist es wichtig, seine Geschichte zu kennen, wenn auch nur in Grundzügen. Dazu soll folgender Text verhelfen.

Die Sehnsucht, eines Tages nach Zion zurückzukehren, dem traditionellen Synonym für Jerusalem und für das Land Israel, stand über viele Jahrhunderte ständig im Mittelpunkt jüdischen Lebens und Denkens in der Diaspora. Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich der Zionismus zu einer nationalen Bewegung als Reaktion auf die anhaltende Unterdrückung und Verfolgung der Juden in Osteuropa und aufgrund der wachsenden Ernüchterung über die formale Gleichstellung in Westeuropa, die weder zu einer Beendigung der Diskriminierung noch zur Integrierung der Juden in die Gesellschaft der Länder geführt hatte, in denen sie lebten. Auf dem Ersten Zionistischen Kongress, 1897 von Theodor Herzl in Basel in der Schweiz einberufen, wurde die Zionistische Bewegung als politische Organisation begründet mit der Forderung nach der Rückkehr des jüdischen Volkes in das Land Israel und Wiederbelebung seines nationalen Lebens im Land seiner Väter.

Von dieser Ideologie inspiriert, begannen zuerst einige wenige zionistische Pioniere 1882 nach Palästina einzureisen, um sich dort in jüdischen Siedlungen nieder zu lassen. Später, nach dem zionistischen Kongress, folgten Tausende dem Ruf Theodor Herzls, im Land der Väter und Mütter einen eigenen Staat zu gründen. Hunderttausende sollten dem gleich tun, nachdem Hitler an die Macht kam. Der große Zuwachs der jüdischen Bevölkerung führte zu ständigen Konflikten mit den arabischen Bewohnern dieses Landes und so verhängte die Mandatsmacht Großbritannien 1937 einen Einwanderungsstopp über ihr Mandatsgebiet und verfocht diesen mit allen Mitteln, z.B. wurden illegale Einwanderer in Lagern zuerst in Palästina, später auf Zypern und dann sogar, man höre und staune, in Konzentrationslagern in der britischen Verwaltungszone in Deutschland inhaftiert.

Das absolut Widersprüchliche an diesen Repressionsmaßnahmen ist, dass Großbritannien bei der Entgegennahme seines Mandats 1922 vom Völkerbund dazu beauftragt wurde, »solche politischen, verwaltungstechnischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen im Land herzustellen, welche die Errichtung einer nationalen jüdischen Heimstätte gewährleiste«.

Dies war die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg: Die Holocaustüberlebenden hatten keinen Platz, wo sie eine neue Heimat hätten finden können. Ihre Alte war zerstört und die Neue wollte ihre Tore nicht öffnen.

Der Unabhängigkeitskrieg

Der Staat Israel hätte nie ins Leben gerufen werden können, wenn es zuvor keine Siedlungsbestrebungen gegeben hätte, die dem zukünftigen Staat eine solide Grundlage boten. Harte Aufbauarbeit, politische Bestrebungen und der eiserne Wille, nicht mehr der Spielball geschichtlicher Willkür zu sein, trugen massiv zur Staatgründung bei.

Ein Meilenstein für die Geschichte Israels ist wohl die UN-Resolution 181, besser bekannt als der UN-Teilungsplan von 1947, in dem die UN-Vollversammlung, einschließlich USA, UdSSR und die Ostblockstaaten, einer Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat zustimmte. Schon zu diesem Zeitpunkt lehnten ausnahmslos alle arabischen Staaten diesen Plan vehement ab und tun dies z.T. immer noch.

Nun hatten die Engländer für den 15.05.1948 ihren Abzug und die Aufgabe ihres Mandats in Palästina angekündigt. Schon am Vorabend dieses Tages, am 14.05.1948, rief David Ben Gurion, eine Hauptfigur des jüdischen Siedlungswerkes und später der erste Ministerpräsident, den Staat Israel aus. Bereits in der Nacht zum 15. Mai marschierten die Armeen aller arabischen Nachbarländer und die des Iraks und Saudi Arabiens in das ehemalige Mandatsgebiet ein und besetzten zuerst die Gebiete, die laut Teilungsplan arabisch sein sollten. Die Situation für Israel sah nicht gut aus, denn so etwas wie eine einheitliche Armee gab es nicht, nur einzelne sich z.T. rivalisierende Streitverbände. Doch im Verlauf des Krieges verbesserte sich die Situation für den jüdischen Staat und er konnte aus seiner defensiven Haltung heraustreten und seine Feinde bis weit hinter die international anerkannten Grenzen zurückwerfen.

Zwischen Februar und Juli 1949 wurden Waffenstillstandsabkommen mit allen kriegführenden Ländern abgeschlossen, wichtig hierbei ist, dass es sich um reine Waffenstillstandsabkommen handelte, nicht um Friedensabkommen.

Somit gilt der wohl gefährdetste Punkt der gesamten Geschichte des Staates Israel für überwunden.

Die Immigration

Als nun die äußere Gefahr vorerst abgewandt worden war und man sich um die wesentlichen Dinge des Staatslebens kümmern konnte, stellten sich Israel neue Probleme in den Weg.

Nach der Aufhebung des Einwanderungsstopps und dem Aufruf an die jüdische Bevölkerung in der ganzen Welt, ihren Wohnsitz zu verlassen, um daraufhin nach Israel zu emigrieren, kamen in den Jahren zwischen 1948 und 1951 knapp 700.000 Juden in das Land. Dadurch, dass im Unabhängigkeitskrieg die Fronten gegen Israel sich verhärtet hatten, schien es fast unmöglich, dass die jüdische Bevölkerung der arabischen Länder ausreisen durfte. Die z.T. spektakulären, teilweise illegalen, Einwanderungsaktionen, die meistens unter dem Einsatz von Schiffen und, falls der Seeweg dazu nicht vorhanden war, mit Flugzeugen durchgeführt wurden, und der riesige logistische Aufwand, der betrieben wurde, geben nur einen kleinen Eindruck davon, wie viel Arbeit in die Einwanderung seitens der israeli-

schen Regierung gesteckt wurde.

Nun kam folgendes Problem auf: Viele der Neuankömmlinge waren entweder alt und gebrechlich, unalphabetisiert, oder waren durch die Vergangenheit in Nazideutschland so traumatisiert, dass es schwer war, sie in das neue System und dessen Produktionsprozess einzugliedern, noch dazu fehlte es anfangs an Immobilien, die diese Menschenmenge aufnehmen sollten. Hierzu wurden provisorische Zeltcamps und Asbestbaracken eingerichtet, um den Menschen zumindest vorübergehend eine Unterkunft zu gewähren. Später wurden landwirtschaftliche Siedlungsformen wie die *Kibbuzim* und der *Moschaw*, die z.T. noch aus vorstaatlicher Zeit stammten, errichtet.

Trotz vieler anfänglicher Fehler und Mängel ist es überaus beeindruckend, wie innerhalb einer so kurzen Zeit eine so gewaltige Zahl an Menschen, die noch dazu aus extrem verschiedenen Kulturkreisen stammten, in ein noch nicht lange bestehendes politisches System eingegliedert wurden.

Die Zeit der Kriege

In der Erklärung zur Errichtung des Staates Israel heißt es: »Israel bietet allen Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und zu guter Nachbarschaft«. Dieser Aufruf, von allen israelischen Ministerpräsidenten wiederholt, wurde entweder hartnäckig ignoriert oder zurückgewiesen. Terroristische Überfälle durch Araber auf israelische Siedlungen wurden fortgesetzt. Dies geschah mit Unterstützung und Förderung der arabischen Staaten, die außerdem einen wirtschaftlichen und diplomatischen Boykott einleiteten, internationale Wasserstraßen für die israelische Schifffahrt blockierten und offenen Krieg provozierten.

Die Suezkrise (1956)

Im Laufe des Jahres 1956 verschärfte sich der Konflikt zwischen Ägypten und Israel, das sich zunehmend Angriffen durch Fedajin von ägyptischem Territorium und vom ägyptisch besetzten Gaza-Streifen aus erwehren musste. Ägypten, nun unter der Führung von Präsident Gamal Abdel Nasser, blockierte den Golf von Akaba, sperrte den Suezkanal für israelische Schiffe und verletzte somit Internationales Recht. Zugleich bildete Ägypten gemeinsam mit Jordanien und Syrien ein »Vereinigtes Arabisches Oberkommando«, das aber faktisch nur wenig Befugnisse hatte.

Um den Seehandelsweg der ägyptischen Willkür zu entziehen, beschloss die israelische Regierung, nach mehreren geheimen Treffen mit England und Frankreich, in die Sinaihalbinsel einzumarschieren und den Suezkanal zu besetzen, wobei England und Frankreich die Rolle als »ehrlicher Makler« zukommen sollte. Letztere griffen erst in das Kriegsgeschehen ein, nachdem Ägypten das von ihnen gestellte Ultimatum, sich zehn Meilen hinter den Suez-Kanal zurückzuziehen und damit die ganze Sinai-Halbinsel zu räumen, zurückwies. Am 31. Oktober begannen Großbritannien und Frankreich mit der Bombardierung ägyptischer Flughäfen.

Die europäischen Mächte erhielten in dem Konflikt keine Rückendeckung von Seiten der Vereinigten Staaten. Diese erachteten vor dem Hintergrund des Kalten Krieges gute Beziehungen zu Staaten der Dritten Welt für wichtiger als englisch-französische Macht- und Wirtschaftsinteressen.

Zudem - vielleicht noch wichtiger - wollten sie ein Ausufern des Konflikts zu einem größeren Krieg verhindern, nachdem die UdSSR gedroht hatte, Ägypten militärisch zu unterstützen. Die britisch-französische Intervention wurde daher von den USA und der UNO verurteilt, im November 1956 wurden Großbritannien und Frankreich zum Waffenstillstand und Rückzug gezwungen. Die USA drohten Großbritannien auch mit der Veräußerung von Reserven an britischer Währung, was deren Kurs hätte einbrechen lassen. Die Vereinten Nationen stationierten nach dem Rückzug die Friedenstruppe UNEF.

Israel ist aus dieser Kampagne innerlich und auch äußerlich gestärkt hervorgegangen. Hatte man bisher den jungen Staat als ein zerbrechliches Provisorium angesehen, bei dem sich sowohl die internationale Staatengemeinschaft, als auch Israel selbst nicht sicher waren, ob er denn letztlich genügend Durchhaltekraft habe, so waren solche Selbstzweifel verschwunden und auch die Außenwelt blickte mit einer neuen Achtung auf den Judenstaat, denn da es wohl doch nicht so leicht schien, diesen Staat von der Oberfläche verschwinden zu lassen, schien es für westliche Staaten rentabel zu sein, Investitionen zu machen.

Wenn man sich den weiteren Verlauf der Geschichte Israels betrachtet, sticht folgender Aspekt besonders hervor, dass sich Israel zu aller erst, und das auch berechtigt, darum bemühte, seine Existenz zu sichern, wobei andere Gesichtspunkte, wie z.B. die Integration von Einwanderern oder die soziale Kluft zwischen aschkenasischen, gemeint sind damit die Juden Mittel- und Osteuropas, die eine gemeinsame religiöse Tradition, Kultur und die Jiddische Sprache verbindet, und orientalischen, meistens aus dem Nahen Osten und Nordafrika, sie bezeichnen sich auch als Sepharden, Juden, eher in den Hintergrund gedrängt wurden. Diese sozialen Probleme treten dann erst wieder in Friedenszeiten verstärkt auf und geben dem Staat zu schaffen.

Der Sechs-Tage-Krieg (1967)

Niemand hätte zu Beginn des Jahres 1967 auch nur ahnen können, dass dieses Jahr so weitreichende Konsequenzen für die Geschichte des Nahen Ostens mit sich bringen wird. Nach der Sinai-Kampagne 1956 hatte sich die Lage an der ägyptischen Grenze beruhigt, nur an der jordanischen und syrischen Grenze kam es vereinzelt zu Vorfällen, von denen aber niemand vermuten konnte, dass sie zu einem Krieg führen würden. Bevor es aber zu einer militärischen Auseinandersetzung kam, gab es viele Ursachen, die sicherlich für den weiteren Verlauf des Jahres 1967 ausschlaggebend waren.

So zum Beispiel der Vorwurf Syriens, Israel habe an der syrischen Grenze elf bis dreizehn Brigaden stationiert, um das Nachbarland zwei Tage nach dem Unabhängigkeitstag, am 17. Mai, anzugreifen. Diese Beschuldigung wurde aber nach einer Untersuchung der dort arbeitenden UNO-Botschafter zurückgewiesen, da es, nach deren Ansicht, keine über das normale Maß hinausgehende israelische Truppenkonzentration in dem besagten Abschnitt gäbe. Des Weiteren erhitzte die jedes Jahr stattfindende Militärparade am Unabhängigkeitstag die Situation, weil dort die kriegerischen und erhitzten Reden israelischer Führer von der arabischen Seite besonders kritisch verfolgt und auch

als Drohung verstanden wurden. So hatte zum Beispiel der israelische Oberkommandierende der Streitkräfte und spätere Ministerpräsident Yitzchak Rabin erklärt, dass die syrische Regierung die alleinige Verantwortung bei einer Fortsetzung der Terrorakte habe.

Solche, in der damaligen Situation nicht ungewöhnlichen Vorfälle, obwohl sie nicht besonders gewichtig erschienen, waren durchaus von ernsterer Natur und entwickelten mit der Zeit eine Eigendynamik, die anscheinend nicht mehr auszuhalten war.

Doch der wohl ausschlaggebende Punkt, der für Israel den Kriegsgrund bedeutete, war die Forderung des Generalstabschefs der ägyptischen Armee, General Fawzy an den Oberkommandierenden der UNO-Truppen im Sinai, »die Anwesenheit der UNO-Truppen in Ägypten und im Gazastreifen zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu beenden«, mit der Begründung, »dass die ägyptischen Streitkräfte den Befehl erhalten haben, sich zum Kampf gegen Israel vorzubereiten, falls und wann auch immer Tel Aviv gegen irgendein arabisches Land aggressiv werden sollte«. Schon allein diese Forderung war für Israel der Casus Belli, wobei es aber nicht dabei blieb. Nassers Remilitarisierung der Sinaihalbinsel folgte am 22. Mai die Schließung der Straße von Tiran, dem einzigen Zugang Israels zum Roten Meer - über den ein Großteil des Erdölimports abgewickelt wurde, für israelische Schiffe und Schiffe mit »strategischer« Ladung für Israel (worunter auch Öl gefallen wäre). Damit verstieß er gegen internationale Vereinbarungen betreffend der Freiheit der Meere. Von Ägypten wurde angeführt, der Zustand der Feindschaft mit Israel erlaube diese Blockade. Die Lage spitzte sich also nun immer mehr zu und gipfelte darin, dass am 25. Mai Syrien, Jordanien, der Irak und Saudi Arabien durch Ägypten aufgefordert und ermutigt wurden, ihre Truppen an Israels Grenzen zu stationieren. Der ägyptische Staatspräsident Nasser erklärte am 26. Mai 1967: »Unser Ziel ist die Zerstörung Israels. Das arabische Volk ist bereit, zu kämpfen. ... Sharm El-Sheikh ist eine Konfrontation mit Israel« Diese Staaten schlossen, nach syrisch-ägyptischem Vorbild, untereinander Verteidigungspakte, die dazu führten, dass diese zusammen jetzt in etwa die Truppenstärke der israelischen Armee erreichten. Trotzdem sah keine der drei Großmächte USA, Frankreich und Großbritannien Israel ernsthaft in Gefahr. Die militärischen Analytiker der drei Nationen waren sich nur darin uneinig, ob Israel eine oder zwei Wochen brauchen würde, die arabischen Armeen zu besiegen.

Aufgrund dieser Situation sah sich Israel nur in einer Weise zu verteidigen, nämlich den arabischen Armeen durch einen kurzen aber kräftigen Präventivschlag zuvorzukommen.

Dies geschah am 5. Juni, als die israelische Luftwaffe damit begann, ägyptische Flugfelder im Sinai zu bombardieren.

Innerhalb von nur sechs Tagen wurden dann die Sinaihalbinsel (Ägypten), der Gazastreifen, die Westbank (Jordanien), besser bekannt als das heute von der Palästinensischen Autonomiebehörde verwaltete Gebiet, und die Golanhöhen (Syrien) im Norden, erobert.

Das wohl erstaunlichste daran ist, dass nach noch nicht einmal einer Woche ein Land, das sich am äußersten Rand der Bedrohung gesehen hatte, plötzlich ein Gebiet erobert hatte, das mehr als dreimal so groß ist, wie sein eigenes

Territorium. Noch dazu gilt dieser Feldzug in Militärakademien in der ganzen Welt als ein Musterfeldzug, wie er im Buche steht.

Der Yom-Kippur-Krieg (1973)

Der Yom-Kippur-Krieg war 1973 nach dem Israelischen Unabhängigkeitskrieg (1948), der Suezkrise (1956) und dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 der vierte arabisch-israelische Krieg. Der Krieg begann mit einem Überraschungsangriff Ägyptens und Syriens auf den Sinai und die Golan-Höhen, die sechs Jahre zuvor von Israel im Zuge des Sechstagekrieges erobert worden waren.

Während der ersten 24-48 Stunden rückte die ägyptische und syrische Armee vor, danach wendete sich das Kriegsglück zugunsten der Israelis. Nach der zweiten Kriegswoche waren die Syrier vollständig aus den Golanhöhen abgedrängt worden. Im Sinai waren die Israelis zwischen zwei einmarschierenden ägyptischen Armeen durchgeschlagen, hatten den Suezkanal (die alte Waffenstillstandslinie) überschritten und eine ganze ägyptische Armee abgeschnitten, bevor der UN-Waffenstillstand in Kraft trat.

Der Krieg hatte weitreichende Folgen für viele Staaten. Die arabische Welt, die durch die vollständige Niederlage der ägyptisch-syrisch-jordanischen Allianz des Sechstagekrieges gedemütigt war, konnte aus den anfänglichen Erfolgen des Krieges psychologische Vorteile ziehen.

Das bürgerliche Israel unter Menachem Begin

Seit fast dreißig Jahren, also seit der Staatsgründung, hatte die Arbeiterpartei mit ihren verschiedenen Koalitionen regiert, wobei sich aber ihre Kraft und ihr Elan mit der Zeit allmählich abbauten. Sämtliche Streitigkeiten und Zersplitterungen waren es, die schließlich dazu führten, dass es 1977 zu einer Wende zugunsten des bürgerlichen Lagers kam. Nun betritt der Likud (=Sammlung), ein Zusammenschluss von Mitte-Rechts-Kräften, der vor den Wahlen 1973 entstanden ist, die politische Bühne Israels.

Der erste Friedensvertrag mit einem arabischen Land

Schon nach einer halbjährigen Regierungszeit des Likudblocks, kam es zu einem Ereignis, an das niemand auch nur im Traum gedacht hätte. Anwar El-Sadat, der Kriegsherr von 1973, der Führer der größten arabischen Macht, der größten Bedrohung Israels seit dessen Bestehen, war am 19. November 1977 zu Besuch nach Jerusalem gekommen. Dieser Besuch war eine totale Überraschung, und doch hatte es Anzeichen für eine Veränderung, für die Öffentlichkeit allerdings kaum wahrnehmbar, gegeben. Mit seinem zweitägigen Besuch, bei dem er auch vor der Knesset, dem israelischen Parlament, sprach, schaffte der ägyptische Präsident ein neues psychologisches Klima im Nahen Osten, und ein Frieden zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn schien erstmals eine Option zu sein. Sadat erkannte das Existenzrecht Israels an und legte mit seinem Besuch die Grundlage für direkte Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel.

Im September 1978 lud der damalige U.S.-Präsident Jimmy Carter Sadat und Begin nach Camp David ein und am 11.

September einigten sich die beiden Seiten auf Rahmenbedingungen für einen Frieden zwischen den beiden Ländern und einen umfassenden Frieden im Nahen Osten. Bei dem Treffen wurden Prinzipien für zukünftige Verhandlungen mit arabischen Ländern festgelegt. Außerdem wurden hier vage Leitlinien für ein vorübergehendes Regime im Westjordanland und Gaza beschlossen. Der Vertrag wurde am 26. März 1979 von Begin und Sadat mit Carter als Zeugen unterzeichnet, die drei wurden später mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Im Sinne des Vertrages übergab Israel im April 1982 den Sinai an Ägypten, zuvor wurden dort bereits angelegte Siedlungen abgebaut. Diesen Abbau führte Ariel Scharon gründlich und teilweise gegen den Widerstand der jüdischen Siedler durch. 1989 einigten sich die beiden Staaten auf eine Lösung für Taba, einen Ferienort am Golf von Akaba.

In dem Vertrag, auch Camp David I genannt, heißt es unter anderem: »Der Frieden erfordert die Respektierung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit aller Staaten in dem Gebiet und ihr Recht, in Frieden innerhalb gesicherter und anerkannter Grenzen ohne Bedrohung oder Gewaltanwendung zu leben.«

Kriegerische Verwicklungen im Libanon

Da die PLO nach ihrer Festsetzung im südlichen Libanon immer wieder Angriffe auf Israel startete, begann Israel am 6. Juni 1982 mit einem Angriff auf den Libanon. Ziel war die Zerschlagung der militärischen PLO-Organisation durch den Vormarsch bis Beirut, von wo aus die PLO ihre Aktionen koordinierte. In Westbeirut wurden 10.000 PLO-Kämpfer von den israelischen Truppen eingeschlossen und zur Aufgabe aufgefordert.

Während der Belagerung kam es zu Massakern mit rund 2500 Toten in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Schatila durch die christlichen Phalange-Milizen der Maroniten, als Präsident Bashir Gemayel (Maronit) ermordet wurde. Das israelische Militär griff nicht ein, um die Massaker zu verhindern. Ende August musste sich die PLO auf Druck Israels aus dem Libanon zurückziehen und richtete in Tunis ihr neues Hauptquartier ein. Mit ein Grund für den schnellen Sieg Israels über die PLO war dabei, dass die syrische und libanesische Armee nicht in die Kämpfe zu Gunsten der PLO eingriffen, da Syrien und Libanon ein eigenes Interesse daran hatten, die PLO als regionalen Machtfaktor auszuschalten.

Israel hielt den südlichen Libanon zunächst bis 1985 besetzt und richtete danach eine Sicherheitszone im Vorfeld der israelischen Grenze ein, um Angriffe auf Israel verhindern zu können. Erst am 24. Mai 2000 wurde die Sicherheitszone von Israel endgültig geräumt; Teile der dortigen libanesischen Bevölkerung, insbesondere Milizionäre der mit Israel kollaborierenden SLA und deren Familien, siedelten nach Israel über, da sie einerseits mit Strafverfolgung durch den libanesischen Staat rechnen mussten, andererseits Racheakte und Lynchjustiz befürchteten. Mit dem Libanon bestehen allerdings bis heute Streitigkeiten um ein 25 Quadratkilometer großes Gebiet um die so genannten Shebaa-Farmen. Die Staatszugehörigkeit dieser Flächen am Fuß der Golanhöhen ist nicht eindeutig geklärt.

Die Sicherheitszone erfüllte ihren Zweck nur bedingt. Bis zuletzt kam es immer wieder zu Angriffen der Hisbollah mit Katyusha-Raketen auf nordisraelische Siedlungen, vor allem auf Kiryat Shmona. Opfer waren vor allem israelische Zivilisten.

Infolge des Libanon-Feldzugs und des Massakers von Sabra und Schatila musste Ariel Scharon, der zu diesem Zeitpunkt das Amt des Verteidigungsministers innehatte, 1983 nach einem Prozess in Israel, zurücktreten. Seine Verantwortung für den Krieg wird noch heute oftmals hervorgehoben.

Die erste Intifada

Die Ursachen für den palästinensischen Volksaufstand sind vielfältig. Demografisch betrachtet gehörten beispielsweise die palästinensischen Fertilitätsraten während der 1980iger Jahre zu den höchsten weltweit. Es entwickelte sich eine extrem junge Gesellschaft - so war nahezu die Hälfte der Palästinenser jünger als 15 Jahre und 70% unter 30. Zudem wurden das Westjordanland und der Gazastreifen seit 1967 durch Israel besetzt. Eine ganze Generation wuchs unter der israelischen Besatzung auf und gleichzeitig in dem Bewusstsein, dass der jahrzehntelange Kampf der PLO gegen Israel keinerlei Verbesserung für die inner- und außerhalb der besetzten Gebiete lebenden Palästinenser gebracht hatte.

Besonders die andauernde jüdische Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten sorgte für Spannung. Hatte es vor 1977, also vor der Machtübernahme des Likud, nur ca. 3000 Siedler, vorwiegend in arabisch dünn oder zuvor nicht besiedelten Gebieten, gegeben, so waren es 1987, vor Ausbruch der Intifada, bereits 60.000 bis 70.000 Siedler, die sich gerade auch im Herzen des arabischen Siedlungsbereiches niederließen. Mit der stetigen Intensivierung der Siedlungstätigkeit nahm auch der Widerstand zu, und so häuften sich Terrorakte und Angriffe von kleinen palästinensischen Kampfeinheiten. Neu aber waren sporadische und spontane Überfälle, Messerstechereien, Molotowcocktailangriffe und Feuerüberfälle in den besetzten Gebieten und auch im Kernland Israels. Der Terror individualisierte sich zunehmend und geriet schließlich außer Kontrolle.

Am 9. Dezember 1987 brach dann die Intifada, zu Deutsch »Erwachen«, in Gaza los. Der Auslöser, der das Fass zum Überlaufen brachte, war ein Verkehrsunfall eines israelischen Militärlastwagens, wobei vier Palästinenser umkamen. In den Palästinensergebieten vermutete man einen Vergeltungsakt für einen zuvor im Gazastreifen erstochenen Israeli. Zunächst im Gazastreifen kam es schon während des Begräbnisses der vier Toten zu Massendemonstrationen und spontanen Ausschreitungen gegen israelische Soldaten, in denen sich die aufgestaute Wut der palästinensischen Jugend auf die Besatzer entlud. Als dem Aufstand nicht beizukommen war, reagierte das Militär irritiert mit ungewöhnlicher Strenge und ohne einheitliches Konzept. Das israelische Militär war schließlich dazu ausgebildet worden, gegen fremde Heere zu kämpfen, nicht einen Volksaufstand niederzuschlagen.

Der Kampf wurde auf beiden Seiten immer brutaler geführt und in den ersten Monaten kamen monatlich Dutzende Palästinenser ums Leben. Im weiteren Verlauf der Intifada ebte die Gewalt immer weiter ab, bis sie dann

durch ein einschneidendes Ereignis wieder angestachelt wurde, wie z.B. das Massaker von israelischen Grenzpolitisten, das die in Panik geratenen Ordnungshüter auf dem Tempelberg 1990 verursachten. Die Intifada entwickelte sich mehr und mehr zu einer Fehde verfeindeter palästinensischer Gruppen. Noch dazu wurden immer mehr Palästinenser durch ihre Landsleute getötet, weil man vermutete, dass diese Kollaborateure waren. So wurden in den ersten vier Jahren der Intifada 500 Palästinenser durch ihre eigenen Leute getötet wo hingegen das IDF (= Israel Defense Force) »nur« 1000 getötet hatte.

Die Intifada und ihre Gegenmaßnahmen haben sich im Laufe der Jahre eingependelt. Sie war zu schwach, als dass sie den israelischen Staat wirklich zum Einlenken hätte bewegen können. Sie hatte aber neue Tatsachen geschaffen. Die meisten Israelis, bis auf die Siedler, fuhren nicht mehr in die besetzten Gebiete, und es war klar, dass es kein Zurück mehr zum Staus quo vor der Intifada gab.

Ab 1991 ging die Gewaltintensität deutlich zurück und die Oslo-Abkommen von 1993 stellten das Ende der ersten Intifada dar.

Friedensbemühungen im Nahen Osten

Die Verträge von Oslo

Im Frühling 1993 nahm eine kleine Gruppe israelischer Intellektueller und einige fortschrittliche Funktionäre der Arbeiterpartei durch Vermittlung norwegischer Kreise Geheimverhandlungen mit Vertretern der PLO auf. An der Spitze der israelischen Delegation stand der Stellvertretende Außenminister Jossi Beilin und auf der Seite der Palästinenser war es die rechte Hand Jasser Arafats, Abu Masen, besser bekannt als Mahmoud Abbas, der heutige palästinensische Ministerpräsident. Von Januar bis August trafen sich diese Interessensparteien fünfzehn Mal in Oslo, um über die weitere Entwicklung des Nahen Ostens zu sprechen.

Die Regierungschefs beider Parteien wurden erst in der Endphase über diese Gespräche informiert und gaben Anfang September ihr Placet.

Am 12. August stimmte das israelische Parlament direkten Verhandlungen mit der PLO zu. Am 30. August informierte der Ministerpräsident Yitzhak Rabin die Knesset über die laufenden Verhandlungen mit den Palästinensern und den nahen Abschluss eines Abkommens über eine palästinensische Selbstverwaltung in Jericho und Gaza. Am 4. September gab das Zentralkomitee der PLO ihr grundsätzliches Einverständnis.

Das Abkommen enthielt die allgemeine Vereinbarung, die Verantwortung im Gazastreifen und im Westjordanland auf die Palästinenser zu übertragen und ihnen eine autonome Regelung ihrer Angelegenheiten zu gewähren. Umstrittene Themen wie der Status Jerusalems, die Flüchtlingsfrage oder die Siedlungen im Westjordanland wurden in dem Abkommen noch nicht behandelt. Details sollten in weiteren Verhandlungen festgelegt werden.

Am 13. September 1993 kam es dann zu dem historischen Händedruck auf der Wiese vor dem Weißen Haus in Washington unter amerikanischer Schutzherrschaft zwi-

schen dem Vorsitzenden der PLO, Jasser Arafat, und dem israelischen Ministerpräsidenten, Yitzhak Rabin. Der wichtigste Schritt auf dem Weg zu Frieden im Nahen Osten war gemacht. Allerdings war es von Anfang an klar, dass dies nur ein erster Anfang sein konnte, ein Rahmen für weitere Schritte und Verhandlungen, eine Absichtserklärung, den gegenseitigen Konflikt statt wie bisher mit Gewalt in Zukunft nur mit friedlichen Mitteln zu lösen.

Das Gaza - Jericho Abkommen

Bevor es zur Unterzeichnung dieses Abkommens am 04.05.1994 in Kairo kam, wurde es von Rabin am 11.04. der Knesset dargelegt: »...Es gibt kein Abkommen, mit dem wir alle zufrieden sein können. Es kann kein Abkommen ohne Kompromisse und Zugeständnisse von beiden Parteien geben, wenn wir wollen, dass es von beiden Seiten eingehalten wird.«

Das Abkommen sichert den Palästinensern die Selbstverwaltung im Gaza - Streifen und im Gebiet Jericho zu. Allerdings wird ausdrücklich darauf verwiesen, dass die Hoheitsgewalt der palästinensischen Selbstverwaltungsbehörde sich nicht auf äußere Sicherheit, die Sicherheit der Israelis in den besetzten Gebieten, die Sicherheit der israelischen Siedlungen und auswärtige Beziehungen erstreckt.

Kurz bevor Rabin die Dokumente des Abkommens unterzeichnete, kam es noch zu einem Eklat, der das Ganze beinahe scheitern ließ: Arafat hatte auf einigen Karten, die das Gebiet von Jericho betrafen, nicht unterschrieben. Vermutlich, um seinen Anhängern zu demonstrieren, dass er sich von den Israelis nichts aufdiktieren lassen wollte, denn um das Jericho - Gebiet hatte es im Vorfeld langwierige Verhandlungen gegeben. Rabin seinerseits weigerte sich, mit dem Prozess fortzufahren, solange Arafat nicht auf den Karten unterschrieben hatte. Hinter den Kulissen brachte Ägyptens Präsident Mubarak schließlich Arafat dazu, seinen Namen unter die Karten zu setzen.

Dieses Verhalten von Arafat trug nicht dazu bei, dass Rabins Vertrauen in Arafat stieg, und außerdem zeigt diese Szene, dass der gesamte Friedensprozess noch in den Kinderschuhen steckte und überdies auf einem sehr wackligen Fundament gegründet war.

Rabin hielt seine Verpflichtungen aus dem Abkommen und zog die israelische Armee am 13.05. aus Jericho und am 17.05. aus zwei Dritteln des Gazastreifens ab. Daraufhin zieht Jassir Arafat am 01.07.1994 in Gaza - Stadt ein.

Yitzhak Rabin, Schimon Peres und Jassir Arafat erhalten für diese beiden Abkommen, die einen historischen Schritt in der Beziehung zwischen Israel und der PLO darstellten, den Friedensnobelpreis.

In Taba (Ägypten) unterzeichneten Rabin und Arafat am 28. September 1995 das »Abkommen über die Autonomie des Westjordanlands« (auch Oslo II genannt). Die Palästinenser bekamen insgesamt nur über etwa 1/3 des Westjordanlands die autonome Herrschaft zugesprochen, da jüdische Siedlungen und Militärstützpunkte von dem Abkommen ausgeklammert blieben.

Nach der Ermordung Rabins 1995 durch einen nationalreligiösen Fanatiker, gerieten die Verhandlungen und der gesamte Friedensprozess ins Stocken.

Politischer Stillstand unter Benjamin Netanjahu

Im Jahr 1996, nach mehreren Selbstmordattentaten am Anfang des Jahres, gewinnt der Hardliner Benjamin Netanjahu knapp vor Schimon Peres die Wahlen und wird neuer Premierminister. Schnell wird deutlich, dass es unter seiner Führung zu keinen weiteren großen Schritten im Friedensprozess kommen wird. Nach konsequenter Weigerung Israels, die Siedlungen ohne Vorleistungen zu räumen, kommt es zu gewalttätigen Aufständen der Palästinenser sowie zu Übergriffen auf die palästinensische Zivilbevölkerung.

Seine kompromisslose Politik schien zunächst zu wirken: anders als unter seinem Vorgänger und Nachfolger gab es unter seiner Regierung relativ wenige Selbstmordanschläge innerhalb Israels. Im Jahre 1996 entschied er und der Bürgermeister Jerusalems Ehud Olmert allerdings, einen Ausgang für den Klagemauer-Tunnel zu öffnen. Dies hatte dreitägige Unruhen der Palästinenser mit zahlreichen Toten auf beiden Seiten zur Folge.

Trotz seiner teilweisen Erfolge gegen den Terrorismus lehnten die meisten Eliten und linken Medien Netanjahus Politik ab. Nach einer langen Kette von Skandalen (einschließlich Gerüchten um seine Ehefrau), und nachdem eine Untersuchung wegen Korruption gegen ihn initiiert wurde, verlor Netanjahu das Vertrauen in der israelischen Öffentlichkeit.

Netanjahu wurde in den Wahlen von 1999 von Ehud Barak geschlagen und zog sich zeitweise aus der Politik zurück.

Barak strebte eine rasche Durchsetzung des Wye-Abkommens, das ein Interimsabkommen war, das den weiteren Truppenabzug der Zahal, aus dem Westjordanland regeln sollte, und Verhandlungen über einen Endstatus an. Er setzte das Interimsabkommen über das Westjordanland und den Gazastreifen vom 28. September 1995 um. So kam es zu einem Folgeabkommen in Scharm el Scheich (Ägypten), das am 5. September 1999 von Barak und Arafat unterzeichnet wurde. Die Verhandlungen um die Streitpunkte Jerusalem, Flüchtlingsfrage, Grenzziehung und den Status der jüdischen Siedlungen stellten sich aber als schwierig und sehr langwierig heraus.

Im Juli 2000 trafen sich Barak und Arafat unter Vermittlung der USA in Camp David, um ein letztes Mal zu versuchen, eine Übereinkunft über einen permanenten Status zu finden, auch bekannt als Camp David II. Am 25. Juli wurden die Verhandlungen jedoch ohne Übereinkunft abgebrochen, da vor allem der Streit um den Status Jerusalems nicht geklärt werden konnte.

Mit dem Ausbruch der zweiten Intifada im September 2000 war eine endgültige Lösung des Konflikts wieder in weite Ferne gerückt.

Die Al-Aqsa Intifada

»Welche Gewalt meinen sie?«, Jasser Arafat auf die Forderung Schimon Peres', die palästinensischen Gewalttaten zu beenden, 14.01.2001.

Die israelische Seite sieht das Scheitern der Verhandlungen in Camp David am 25. Juli 2000 als Auslöser an, und nicht

Ariel Scharons Besuch auf dem Tempelberg, denn bereits am Tag zuvor war bei der Explosion einer Bombe am Grenzübergang Netzarim ein israelischer Soldat ums Leben gekommen. Nach Darstellung der Palästinenser löste der Besuch Ariel Scharons auf dem Tempelberg am 28. September die Protestaktionen spontan aus. Die gewalttätigen Proteste wurden durch die Polizei unter Waffeneinsatz zurückgedrängt. Dabei wurden vier Personen getötet und etwa zweihundert verletzt. Auch vierzehn Polizisten wurden verletzt. Dieses Ereignis bildete mit den Demonstrationen der folgenden Tage den Anfangspunkt der Al-Aqsa-Intifada.

Nach israelischer Darstellung habe der palästinensische Sicherheitschef Dschibril Radschub sein Einverständnis für Sharons Besuch gegeben, sofern dieser keine Moschee betrete. Der Polizeieinsatz sei nötig gewesen, weil das palästinensische Radio dazu aufgerufen habe, die Moschee zu verteidigen und die palästinensische Polizei in letzter Minute erklärt habe, nichts gegen gewaltsame Demonstrationen zu unternehmen.

Der palästinensische Kommunikationsminister Imad Faludschi hatte erklärt, der Einsatz von Gewalt sei bereits im Juli geplant worden, nachdem Jassir Arafat von Camp David zurückgekehrt sei.

Zahlreiche Führungsmitglieder palästinensischer Fraktionen und Parteien sowie Vertreter der palästinensischen Autonomiebehörde erklärten vor dem Beginn der Al-Aqsa-Intifada, dass der Staat Israel nur durch Gewalt zu Konzessionen zu bewegen sei. Der israelische Rückzug aus dem Südlibanon aufgrund der anhaltenden Anschläge der Hisbollah wurde als Beispiel gesehen, das sich auf die palästinensischen Gebiete übertragen ließe.

Der Mitchell-Report 2001 fasst zusammen: In ihren Eingaben haben beide Seiten Behauptungen über Motivation und Kontrolle des anderen aufgestellt. Uns wurden keine überzeugenden Beweise dafür vorgelegt, dass der Besuch Scharons mehr war als ein innenpolitischer Akt; auch haben wir keine überzeugenden Beweise dafür erhalten, dass die Autonomiebehörde den Aufstand geplant hat ... Der Besuch Scharons hat nicht zur Al-Aqsa-Intifada geführt ... Bedeutsamer waren die folgenden Ereignisse: die Entscheidung der israelischen Polizei am 21. September, tödliche Mittel gegen palästinensische Demonstranten einzusetzen, und das Versäumnis beider Seiten, Zurückhaltung zu üben.

Seit Ende September 2000 gab es eine Vielzahl von palästinensischen Selbstmordattentaten und Militäraktionen der israelischen Armee, dazwischen auch Phasen relativer Ruhe.

Ende März 2004 hatte die israelische Armee den spirituellen Führer der Hamas, Scheich Ahmed Jassin getötet und Mitte April starb auch sein Nachfolger Abd al-Aziz al-Rantisi durch einen gezielten Raketenangriff. Für Konfliktpotential sorgte in den letzten Monaten außerdem der Bau eines Sperrzauns an der Grenze zum Gazastreifen und zum Westjordanland, durch dessen Verlauf Teile des palästinensischen Gebietes, nach Ansicht einiger, faktisch annektiert

werden. Der exakte Verlauf des Zaunes, der dazu da ist, das Einsickern von Attentätern zu verhindern, ist auch Gegenstand intensiver innerisraelischer Debatten.

Mit dem Abschluss eines Waffenstillstands zwischen dem neuen Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde Mahmud Abbas und Israels Ministerpräsidenten Ariel Scharon im ägyptischen Scharm al-Scheich im Februar 2005 gilt die Al-Aqsa-Intifada offiziell als beendet.

Nachwort

Nach Abschluss dieses geschichtlichen Überblicks wird deutlich, dass Israel im sechsten Jahrzehnt seines Bestehens weit davon entfernt ist, alle Probleme, die ihm zum Teil mit in die Wiege gelegt worden waren, gelöst zu haben. Vor allem ist das Hauptziel des Staates, die Erreichung des Friedens, noch nicht Wirklichkeit geworden. Die Vergangenheit, die die Notwendigkeit zu einem jüdischen Staat hervorgerufen hat, ist weiterhin lebendig. Dies ist das jüdisch-israelische Trauma, mit dem die Staatsgeschichte anfängt und aufhört.

Gravierende Ereignisse, die auch in der Weltöffentlichkeit verstärkt wahrgenommen wurden, waren:

- der Tod eines zwölfjährigen palästinensischen Jungen in einer Schießerei bei Netzarim vor laufenden Kameras Anfang Oktober 2000
- der Lynchmord an zwei israelischen Soldaten in Ramallah zehn Tage später, ebenfalls vor laufenden Kameras
- die weitgehende Zerstörung des palästinensischen Flüchtlingslagers Dschenin durch israelische Truppen, begleitet von zahlreichen Toten unter den Einwohnern des Lagers (eine von der UNO durchzuführende Untersuchung der Ereignisse wurde von der israelischen Regierung verhindert) (April 2002)
- ein Selbstmordattentat in einer Warteschlange vor einer Disko in Tel Aviv im Juni 2001 mit 20 Toten
- die gezielte Tötung des PFLP-Führers Abu Ali Mustafa im August 2001
- die fast vollständige Zerstörung von Arafats Hauptquartier im Sommer 2002
- das wiederholte Einrücken der israelischen Armee in palästinensische Autonomiestädte
- diverse gezielte Tötungen von Führern der Hamas durch die israelische Armee, oft mit un beteiligten Opfern
- diverse Anschläge auf jüdische Linienbusse mit jeweils teilweise mehr als 20 Toten
- die beiden großen Militäraktionen "Operation Regenbogen" und "Tage der Buße" im Frühjahr bzw. Herbst 2004.

Die Weitere Entwicklung im Nahen Osten

Im August begann die einen Monat dauernde Räumung aller 21 jüdischen Siedlungen im Gazastreifen sowie 4 weiterer im Westjordanland durch die israelische Armee. Dabei kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Siedlern und Armeeangehörigen. Etwa 8000 Menschen wurden bei dieser Aktion umgesiedelt. Dies war wohl das größte Zugeständnis Israels an die Palästinenser seit Gründung des Staates und scheint neue Perspektiven für einen Frieden zu öffnen.

Aufgrund mehrerer Unstimmigkeiten im Regierungskabinett wegen der Räumung des Gazastreifens, trat Scharon aus dem Likud zurück und gründete eine neue Partei. Da aber Scharon am 18. Dezember einen Schlaganfall erlitt, gilt es als sicher, dass er sein Amt nicht mehr ausüben können wird. Dies bringt eine schwierige Situation für die israelische Politik mit sich, da insbesondere die in den letzten Jahren verfolgte Politik gegenüber den Palästinensern und die neue Partei Kadima mit der Person Ariel Scharons eng verbunden sind.

Dies kommt auch in der Antwortrede des damaligen Staatschefs, Ehud Barak, in Jad Vaschem in Jerusalem vor Papst Johannes Paul II. im März 200 bei dessen historischen Besuch zum Ausdruck. Es ist die Antwort, die auch noch in fünfzig Jahren ihre Gültigkeit haben wird, die Rason des Staates und seine Berechtigung:

»Die Errichtung des Staates Israel gegen alle Widerstände und die Sammlung der Verstreuten hat die Ehre des jüdischen Volkes wieder hergestellt und die Herrschaft über sein Schicksal. Dies ist die endgültige und bleibende Antwort auf Auschwitz. Wir sind nach Hause zurückgekehrt und kein Jude wird mehr hilflos sein oder des letzten Fetzens seiner menschlichen Würde beraubt werden. Hier ist die Wiege unserer Kultur. Wir haben unser Haus wieder aufgebaut.«

»Vom Gottesmörder zum Weltenfeind«

Die Radikalisierung des Antisemitismus im 19. Jahrhundert

Es gibt ein Bild von Klee, das Angelus Novus heißt. Ein Engel ist darauf dargestellt, der aussieht, als wäre er im Begriff, sich von etwas zu entfernen, worauf er starrt. Seine Augen sind aufgerissen, sein Mund steht offen, und seine Flügel sind ausgespannt. Der Engel der Geschichte muss so aussehen. Er hat das Antlitz der Vergangenheit zugewendet. Wo eine Kette von Begebenheiten vor uns erscheint, da sieht er eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert. Er möchte verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradies her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, dass der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir den Fortschritt nennen, ist dieser Sturm.

Walter Benjamin¹

Der Begriff Antisemitismus wurde 1879 im Umkreis des deutschen Journalisten und Antisemiten Wilhelm Marr geprägt, um sich wissenschaftlich und säkular von der früher zumeist religiösen Antipathie gegen Juden abzusetzen.

»Antisemitismus soll hier verstanden werden als Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Verhaltensweisen, die den als Juden geltenden Einzelpersonen oder Gruppen aufgrund dieser Zugehörigkeit in diffamierender und diskriminierender Weise negative Eigenschaften unterstellen, um damit eine Abwertung, Benachteiligung, Verfolgung oder gar Vernichtung ideologisch zu rechtfertigen.«² Diese häufig herangezogene bürgerliche Definition des Begriffes

Antisemitismus wird dem Gegenstand nicht wirklich gerecht. Treffender ist wohl die Erkenntnis des Thomas Haury:

»Der moderne Antisemitismus ist prima facie eine Denkform, die sich im 19. Jahrhundert in unmittelbarem Zusammenhang mit der Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft ausgebildet, eine ideologische Reaktion auf die von vielen als Bedrohung oder gar Katastrophe erfahrene Universalisierung der kapitalistischen Wertvergesellschaftung und dem dadurch eingeleiteten Umbruch der gesellschaftlichen Beziehungen, Herrschaftsverhältnisse und Herrschaftsformen. Gesellschaftstheoretisch begriffen werden muss er als eine Ideologie, die die Subjekte einerseits selbst produzieren, um sich die kapitalistische Gesellschaft zu deuten, um ihr Leiden daran zu artikulieren und ihrer ohnmächtigen Wut und ihrem Hass ein zwar falsches, aber konkretes und wehrloses Ziel zu geben, als eine Ideologie, die andererseits in ihrer Struktur, in ihren Funktionen und zentralen Inhalten durch eben diese Gesellschaft präformiert wird.«³

Theodor W. Adorno betonte: »Der Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden.«⁴

Seit zwei Jahrtausenden hat Antisemitismus Konjunktur,

wenngleich sich seine Ausdrucksformen und Stereotype in all den Jahren stark verändert haben.

Selbst Polizei, Verfassungsschutz und Medien registrieren seit Jahren ein starkes Anwachsen antisemitischer An- und Übergriffe; diese reichen von Hakenkreuzschmierereien bis zu tätlichen Angriffen gegen Jüdinnen und Juden. Auch 60 Jahre nach dem Holocaust, dem sechs millionenfachen, in seiner Barbarei einzigartigen Genozid an den europäischen Juden sind die Bedingungen, die zu Auschwitz führten nach wie vor wirksam, des Philosophen Theodor W. Adornos Diktum »Denken und Handeln so auszurichten, das Auschwitz sich nicht wiederhole, nichts ähnliches geschehe«⁵, nach wie vor von unbedingter Notwendigkeit.

Was sind nun diese Bedingungen, wie sieht die Geschichte des Antisemitismus aus, der im Deutschland der 30er und 40er Jahre seinen Höhepunkt gefunden hat?

Auschwitz war eine genuin deutsche Tat, dennoch waren auch viele Verbündete und besetzte Staaten darin verstrickt. Die jeweiligen Bevölkerungen reagierten unterschiedlich; in Deutschland herrschte große Zustimmung zur Vernichtungspolitik der Nazis, in anderen Ländern reichten die Reaktionen von Zustimmung und aktiver Beteiligung, wie zum Beispiel in Rumänien bis zu Ignoranz gegenüber dem Schicksal der Juden. Aktiven Widerstand, wie den niederländischen Generalstreik gegen die Deportationen dagegen kaum. Warum gab es keinen größeren Widerstand gegen den Holocaust? Antisemitismus war und ist Teil der europäischen Geschichte seit dem frühen Mittelalter.

Christlicher Antisemitismus

Zunächst war in Europa ein christlich geprägter Antisemitismus vorherrschend, der die Juden als »Gottesmörder« betrachtete, die notfalls mit Gewalt bekehrt werden müssten. Geschürt wurde dieser durch den katholischen Klerus und die christlichen Eiferer. Pogrome bei denen tausende von Juden ermordet wurden, fanden besonders in der Zeit der Kreuzzüge häufig statt. Schon im Mittelalter wurden Juden durch den Zwang von Christen abgrenzbare Kleider (Hüte) oder Symbole (gelber Stern) zu tragen, stigmatisiert. Der Eintritt in die christlichen Handwerkerzünfte blieb ihnen verwehrt, was ihnen als ökonomische Basis nur den Handel und den für Christen verbotenen Geldverleih übrig ließ. Aus dieser Situation entwickelte sich dann schnell das Stereotyp des »Wucherers«. Schon 1290 mussten alle Juden Großbritannien und kurz darauf auch Frankreich verlassen. Im 15. Jahrhundert wurden im Zuge der christlichen Rückeroberung hunderttausende Juden von der Iberischen Halbinsel vertrieben oder sahen sich gezwungen zum Christentum zu konvertieren. Verschärft wurde der Antisemitismus in Deutschland durch

¹ Walter Benjamin "Geschichtsphilosophische Thesen" in Walter Benjamin "Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze. Mit einem Nachwort von Herbert Marcuse" Frankfurt am Main 1965, S. 84-85

² Armin Pfahl-Traughber "Antisemitismus in der deutschen Geschichte" Berlin 2002, S. 9

³ Thomas Haury "Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus" in Léon Poliakov "Vom Antizionismus zum Antisemitismus" Freiburg 1992, S.126-127

⁴ Theodor W. Adorno "Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben" Frankfurt 2003, S.125

⁵ Theodor W. Adorno "Gesammelte Schriften Band 6. Negative Dialektik. Jargon der Eigentlichkeit" Frankfurt 1997, S.358

den Reformator Martin Luther, der nach erfolglosen Missionierungsversuchen in seiner Schrift »Von den Juden und ihren Lügen« bereits die Zerstörung ihrer Häuser und Synagogen forderte und sie mit weiteren antisemitischen Stereotypen belegte. Luther verstärkte ebenso die Identifikation der Juden mit dem Geld, ja mit der als unproduktiv an sich postulierten Zirkulationsphäre des Kapitalismus überhaupt.

Epoche der Aufklärung

Die bürgerliche Aufklärung und die damit propagierte Gleichheit aller Menschen (wenigstens in Europa), gab den Juden neue Hoffnung. Schon im 17. Jahrhundert gab es Emanzipationsversuche: Juden gelang als so genannten »Hofjuden« und Finanziers der europäischen Adelshäuser der ökonomische Aufstieg, ohne jedoch wirklich gleiche Rechte zu besitzen. Die immer stärker propagierte »Aufklärung« hatte jedoch auch bald praktische Konsequenzen. In Frankreich wurden die Juden nach der Revolution von 1789 erstmals zu gleichberechtigten Bürgern. Napoleon »exportierte« diese bürgerliche »Aufklärung« nach Mitteleuropa, wo sie, wenn auch nur unter Zwang von vielen deutschen Staaten in Form von Gleichstellungsgesetzen gegenüber den Juden praktisch umgesetzt wurde. Gleichwohl war der Antisemitismus in der Bevölkerung Europas nach wie vor virulent.

Antisemitismus im 19. Jahrhundert

Das 19. Jahrhundert, das für viele Juden in Europa so hoffnungsvoll begonnen hatte, sollte seine Verheißungen nicht einhalten können. Schon auf dem Wiener Kongress 1815 und der danach einsetzenden Restaurationspolitik wurden die jüdischen Emanzipationsversuche ad acta gelegt. In den deutschen Ländern fand die rechtliche Gleichstellung ein Ende; deutsche Philosophen und »Denker« argumentierten zunehmend antisemitisch. Zwar verbesserte sich die rechtliche Situation nach der gescheiterten bürgerlichen Revolution 1848/49, dennoch blieb den Juden die völlige Gleichstellung gegenüber den christlichen Deutschen verwehrt. Der Antisemitismus in den deutschen Ländern verschärfte sich zusehends, überall im »Deutschen Reich« etablierten sich antisemitische Parteien und Vereine. Der christliche Antisemitismus wich immer mehr einem zunehmend rassistisch begründeten Antisemitismus, der in den Juden die »Gegenrasse«, ja das »negative Prinzip als solches« sah.⁶

Die Reichsgründung 1871 erfolgte in Abgrenzung zum äußeren Feind Frankreich und den als inneren Feinden postulierten Juden. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die im deutschen Staatsverständnis vorherrschende Ansicht einer biologischen Volksdefinition. Der aufkommende moderne Kapitalismus und die in Deutschland verspätet einsetzende Industrialisierung verschärfen den Antisemitismus zusehends. Die negativen Auswirkungen der nicht verstandenen bzw. als abstrakt empfundenen Kapitalakkumulation wurden auf das so genannte Finanzkapital reduziert. Seit dem Mittelalter gab es schon die in der Bevölkerung vorherrschende Assoziation der Juden mit dem Geld, diese Identifikation wurde nun weiter gesteigert. Jüdische Bankiers wurden zum Sinnbild des »raffenden« Kapitalismus mit all seinen negativen sozialen Folgen wie

Armut und Arbeitslosigkeit. Diesem »raffenden« (jüdischen) Kapital wurde als positiver Gegensatz das »schaffende« (deutsche) Kapital gegenüber gestellt. Juden wurden so zum Synonym der verhassten Moderne mit all ihren als die Volksgemeinschaft »zersetzend« angesehenen Entwicklungen wie Demokratie, Sozialismus, Liberalismus und Kapitalismus. In der als »deutschen Gründerkrise« bezeichneten wirtschaftlichen Depression 1873-1879 wuchs der Antisemitismus weiter, der wirtschaftliche Bankrott wurde der »Raffgier« der Juden und dem angeblich jüdisch dominierten Finanzkapital angelastet. Antisemitismus entwickelte sich zur Welterklärungs-ideologie.

Ich bin nicht
Deutschland!



Ähnlich war die Situation im von Deutschland im Krieg von 1870/71 geschlagenen Frankreich. Die Frühsozialisten entwickelten einen »modernen« Antisemitismus, der im Finanzkapital die Hauptgründe für die ökonomische Ausbeutung und soziale Ungleichheit sah. Reaktionäre katholische Kreise pflegten einen zumeist weiterhin christlich fundierten

Antisemitismus. Trotzdem waren in Frankreich die Juden formell gleichgestellte Bürger mit relativ hohen Aufstiegschancen.

Fast hoffnungslos dagegen stellte sich die Situation der Juden in Russland dar. Ihnen war nur die Ansiedlung in einem stark eingegrenzten Gebiet zwischen Ostsee und dem Schwarzen Meer gestattet, Aufstiegschancen und rechtliche Gleichstellung gab es überhaupt nicht, Pogrome waren an der Tagesordnung.

All diese Entwicklungen, sowie die antisemitische Kampagne gegen den zu Unrecht der Spionage bezichtigten jüdischen Hauptmann Dreyfus in Frankreich, dem Mutterland der bürgerlichen Aufklärung, blieben bei den Juden nicht folgenlos. Die schon seit langem bestehende Idee eines eigenen jüdischen Staates erhielt Auftrieb. Bei vielen Juden die lange Zeit auf Integration und bürgerliche Emanzipation gesetzt hatten verstärkte sich nach der Dreyfus-Affäre in Frankreich und den Pogromen in Russland die Haltung, dass nur ein eigener Staat dem Abhilfe bieten könne. 1897 kam es zum ersten zionistischen Weltkongress in Basel, wo das Ziel eines jüdischen Staates proklamiert wurde. Bereits damals warnten überzeugte Zionisten vor der Katastrophe, die den europäischen Juden im 20. Jahrhundert durch den Holocaust widerfahren sollte. Die Zionisten haben damit auf tragische Weise Recht behalten. Die Einzige Chance für Jüdinnen und Juden den Kommunismus bzw. die Assoziation freier Individuen lebend zu erreichen besteht in einer etatistisch verfassten Welt offensichtlich in der bedingungslosen Verteidigung des Staates Israel gegen die immer wüster werdenden Attacken der Antisemiten aller Länder und Klassen.

⁶ Max Horkheimer / Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt /M., S.177

Antizionismus, Israel und die deutsche Linke

Thesen zur Klärung einiger Mindeststandards in der Diskussion um Israel

Der notwendige Ausgangspunkt, um von einer Linken zu sprechen, welche sich unterscheidet von der Unzahl an Politvereinen und -cliquen, die eine sich pluralistisch gebende Demokratie ausmachen, ist, dass diese Linke zum Ausgangspunkt für alle ihre Überlegungen und Handlungen den Anspruch macht, es geht ihr ums Ganze. Das Ziel dieser Linken muss die bewusste und vollständige Abschaffung der gegenwärtigen Gesellschaft sein, um eine radikal neue Form des Zusammenlebens von Menschen herbeizuführen. Bescheidenheit ist keine Zier, es geht um die Befreiung aller durch die Befreiung der Einzelnen, darum, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.«¹ Reformismus und Kompromisse sind damit nicht zu vereinbaren, allerhöchstens zuweilen als bewusst eingesetzte taktische Mittel.

Um dieses unhintergehbare Ziel zu erreichen, ist es notwendig, die bestehende kapitalistische Gesellschaftsform zu begreifen und an dieser selbst zu zeigen, dass man ihre Abschaffung nicht nur für unbedingt nötig, sondern auch für möglich hält. Was auch heißt, zeigen zu können, dass es für die in ihr lebenden Menschen im Prinzip einsehbar ist, dass die Abschaffung aller gegenwärtigen Verhältnisse in ihrem ureigensten Interesse liegt.

Soweit befindet man sich ungefähr auf dem Reflexionsniveau, das schon Ende des 19. Jahrhunderts etwa von der Internationalen Arbeiterassoziation als Organisation oder von Karl Marx als Individuum erreicht war und von dem ausgehend die Linke verschiedene Zerfallsstadien durchgemacht hat, etwa die Sozialdemokratie oder den Realsozialismus.

Jedoch lässt sich heute nicht mehr umstandslos an das von Marx und anderen Erreichte anknüpfen, die Ausgangslage für Linke - nachdem die von Anarchisten und Kommunisten angestrebten Projekte samt und sonders gescheitert sind (»gescheitert worden sind« wäre freilich angesichts des Geschichtsverlaufs die angemessenere Formulierung) - ist eine andere. Mit dem Nationalsozialismus, genauer mit dem von den Deutschen an den europäischen Juden vollstreckten Holocaust, hat sich gezeigt, dass der von Kommunisten und Anarchisten vertretene Optimismus, die Abschaffung des Kapitalismus sei gewissermaßen eine geschichtliche Naturnotwendigkeit, also nur eine Frage der Zeit, verfehlt war. Statt dem Reich der Freiheit, dem Paradies auf Erden, wurde von den zur antisemitischen Volksgemeinschaft zusammengeschlossenen Deutschen die Hölle auf Erden bereitet. Statt zu einer emanzipatorischen Revolution ließen sich die Deutschen zu einer nationalsozialistischen mobilisieren, zu einer Revolution der Vernichtung. Dieses Ereignis ist insofern singulär, da es ein Verbrechen, eine Barbarei von völlig neuer Qualität in der Geschichte darstellte. So wie der Kapitalismus durch seine unvergleichliche Produktivität und seine gewaltsame Beseitigung aller vormodernen Herrschaftsformen unab-

sichtlich zumindest theoretisch die Basis bereitstellt für seine Überwindung hin zu einer Gesellschaft ohne Not, Herrschaft und Ausbeutung, so hat er mit Auschwitz gezeigt, dass aus ihm auch das genaue Gegenteil entspringen kann.

Die einzig vernünftige Konsequenz aus diesem Menschheitsverbrechen - die emanzipatorische Abschaffung des Kapitalismus, damit Auschwitz sich nicht wiederhole - wurde von den Menschen nicht gezogen. Stattdessen kam es nur zu zwei höchst unzureichenden, nichtsdestoweniger aber verteidigungswerten Folgen: die Besetzung und Teilung Deutschlands und die Gründung von Israel. Ersteres zu verteidigen bedeutete, den Deutschen die Möglichkeit der Wiederholung ihrer Taten zu nehmen, zweiteres zu verteidigen bedeutet, den Opfern der Deutschen die Möglichkeit zu geben, sich künftig vor antisemitischen Häschern selbst zu schützen. Ersteres wurde 1990 rückgängig gemacht, zweiteres - die Existenz eines jüdischen Staates - ist in ständiger Gefahr, ausgelöscht zu werden.

Als das nationalsozialistische Deutschland am 8. Mai 1945 kapitulierte, war dies eine siegreiche Niederlage, das vorrangige Ziel der Nazis, die Vernichtung mindestens des europäischen Judentums, war nahezu vollständig erreicht worden. Der zunehmend eliminatorische Antisemitismus, der seinen Kulminationspunkt in den Vernichtungslagern der Deutschen und in den bis zur buchstäblich letzten Minute durchgeführten Todesmärschen gefunden hatte, machte auf tragische Weise deutlich, wie recht die Skeptiker und Zweifler in Sachen Assimilation unter den Juden, die Zionisten, mit ihrer Auffassung gehabt hatten, eine Lösung der »Antisemitenfrage« könne nur durch einen eigenen jüdischen Staat erreicht werden, mit eigener Armee, die stark genug wäre, um sich gegen antisemitische Mordbanden zu verteidigen.

Schon 1896 schrieb Theodor Herzl: »Wir haben überall ehrlich versucht, in der uns umgebenden Volksgemeinschaft unterzugehen ... Man lässt es nicht zu. Vergebens sind wir treue und an manchen Orten sogar überschwengliche Patrioten, vergebens bringen wir dieselben Opfer an Gut und Blut wie unsere Mitbürger ... Wenn man uns nur in Ruhe ließe... Aber ich glaube, man wird uns nicht in Ruhe lassen.«² Bei allen Unzulänglichkeiten Herzls und des Zionismus insgesamt, über die man aus linker Sicht sprechen muss, war Herzls Schrift doch ein fundamentaler Bruch mit der bis dato unter den Juden vorherrschenden Haltung des bloß passiven Erduldens allen Leids und des Hoffens auf die einstige Erlösung durch den Messias. Die Zionisten hatten erkannt, dass sie weder durch Konversion zum Christentum noch durch gesteigerte anderweitige Anpassungsbemühungen dem insbesondere in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern, vor allem in Frankreich, virulenten Judenhasse entgegen konn-

¹ Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, 1844, S.385.

² aus: Theodor Herzl: Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage. Olbaum, 2004

ten, und dass die Gleichberechtigung der Juden, wo sie - wie beispielsweise im Zuge der Französischen Revolution - erklärt wurde, immer nur die vorübergehende Ausnahme von der Regel war, die Diskriminierung, Verfolgung und letztendlich Vernichtung bedeutete.

Die zionistische Idee war jedoch auch unter Juden nicht unumstritten. Setzten einerseits Teile vor allem der wohlhabenden Mittelschicht auch weiterhin auf eine vielleicht doch noch gelingende Eingliederung in den jeweiligen Ländern, so blickten andere, stark sozialistisch geprägte Gruppen und Einzelpersonen, hoffnungsvoll auf die Geschehnisse im vorrevolutionären Russland und erwarteten die kommunistische Weltrevolution, die mit dem Antisemitismus ein für alle Mal Schluss machen würde. Beide Auffassungen sollte sich als fatale Irrtümer herausstellen, und es scheint eine Konstante in der jüdischen Geschichte zu sein, dass immer diejenigen Recht behielten, die die zukünftigen Entwicklungen am schwärzesten malten.

Gemäß Herzls Vorgaben wurden schon bald nach Erscheinen seines Buches mit der »Society of Jews« und der »Jewish Company« die beiden Organisationen geschaffen, die das Projekt der Errichtung eines eigenen Staates organisieren und durchführen sollten.

Israel als jüdischer Staat, der Schutz vor antisemitischer Verfolgung bieten konnte, wurde jedoch zu spät erst Realität, die alles übergreifende, Klassenunterschiede negierende, eliminatorische Volksgemeinschaft der Deutschen und ihre Hilfsvölker waren den Juden zuvor gekommen.

Nach der gewaltsamen und verlustreichen Niederschlagung der deutschen Volksfront kam in Deutschland das große Schweigen, niemand wollte etwas gewusst, niemand sich an den Verbrechen beteiligt oder von ihnen profitiert haben. Dass es eine Stunde Null, also einen vollständigen Bruch mit dem Nationalsozialismus, niemals gegeben hat, belegen nicht nur die Lebensläufe der vielen hohen Nazi-funktionäre, die ihre Karriere nach 1945 nicht einmal für kurze Zeit unterbrechen mussten, sondern auch eine Umfrage unter den Deutschen, die im August `49 unter den Befragten auf 23% bekennende Antisemiten kam, eine Zahl, die in der Folge rasch steigen sollte³. Die für deutsche Verhältnisse relativ geringe Anzahl der Bekenner 1949 lässt sich wohl auch darauf zurückführen, dass den Antisemiten die allzu offene Artikulation ihres Wahns und anschließendes zur Tat Schreiten wenn schon nicht genommen, so doch erheblich erschwert war. Zum einen, weil offene antijüdische Hetze jetzt einen Straftatbestand darstellte, zum anderen aber auch, weil schon zu dieser Zeit die Weitsichtigeren unter den Volksgenossen erkannt hatten, dass die Leugnung deutscher Schuld und eine allzu aggressive Erinnerungsabwehr in Verbindung mit dem weiterhin latenten Antisemitismus in der Bevölkerung notwendig das Misstrauen des Auslandes aufrechterhalten und damit für die »Normalisierungsbemühungen« Deutschlands geradezu kontraproduktiv wirken musste. Deshalb brach das kollektive Beschweigen der Vernichtung, mit dem die Deutschen ihre Volksgemeinschaft über `45 hinaus gerettet hatten, zumindest unter den gesellschaftlichen Eliten auf und es be-

gann eine Phase der offiziellen Läuterung und eines demonstrativ zur Schau gestellten Philosemitismus.

Studentische Gruppen schlossen sich bald an und es gab in den 50er Jahren kaum eine studentische Vereinigung, die nicht Kontakt zu israelischen Gruppen hielt, Solidaritätsreisen unternahm und die Zustände in den israelischen Kibuzzim idealisierte. Dieser Philosemitismus aber war von Anfang an entweder hilflos oder aber geprägt vom Bemühen, der Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Geschichte und deren Fortdauern in der Nachkriegszeit zu entgehen, von einem, wie es Thomas Haury genannt hat, »aggressiven Bedürfnis nach Exkulpation der Nation«. Dies gelang um so leichter, als die Deutschen durch die baldige Aufnahme in den Westen, in die von den USA angeführte breite Front gegen die Sowjetunion, den Eindruck haben konnten, da weiter machen zu dürfen, wo sie aufgehört hatten. Der Antisemitismus ist ja auch oder sogar vor allem der Kampf gegen jede irgendwo gewitterte Form von Emanzipation und somit oft einhergehend mit einem militanten Antikommunismus. Die Deutschen konnten sogar das Gefühl haben, es bei ihren Taten zwar etwas übertrieben zu haben, aber letztlich doch im Recht gewesen zu sein, wo doch der Großteil der westlichen Welt sich ebenso den Untergang der Sowjetunion zum Ziel gesetzt hatte.

Die USA unterlagen dabei offensichtlich einem groben Missverständnis, was die Aufrichtigkeit und Lernfähigkeit der Deutschen betrifft. Allmählich wird ihnen dieses Missverständnis wohl bewusst.

Jedenfalls war der bürgerliche Philosemitismus der unmittelbaren Nachkriegszeit zum einen aufgezwungen, und zum anderen durch und durch reaktionär. Er speiste sich zum einen aus der von den USA für Israel tatsächlich vorgesehenen Rolle als »Bollwerk gegen den Kommunismus« im Nahen Osten und zum anderen aus den - vor allem von Zionisten - immer wieder und vor allem in Israel unternommenen Versuchen, die antisemitischen Projektionen zu widerlegen: so konnten die Deutschen neidvoll auf Israel blicken und ein wahrhaft einiges, bienenfleißiges und militärisch bewundernswert starkes Volk entdecken, das in dieser Projektion alles vereinte, was den Deutschen durch den Sieg der Alliierten abhanden gekommen war.

Zudem war die plötzlich zur Schau gestellte Freundlichkeit Israel gegenüber erheblich motiviert durch die Systemopposition zur DDR und deren proarabischer Außenpolitik. Immer jedoch stand die angestrebte Wiedergutwerdung der Nation im Vordergrund, geleitet von der Erkenntnis, dass nur das - allerdings folgenlos bleiben müsende - Eingeständnis der eigenen Schuld die »Ausweglosigkeit eines deutschen Nationalismus nach Auschwitz«, wie es Wolfgang Pohrt genannt hat, überwinden helfen könne. Dies galt selbst noch nach der Wiedervereinigung, als sich die BRD längst von ihrem philosemitischen Habitus befreit hatte. Im Zusammenhang mit der Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht `41 - `44« formulierte etwa die »Zeit« 2001 erstaunlich offen: »Je eher wir bereit sind, unsere Schuld an den Verbrechen anzunehmen, um so eher können wir ein halbes Jahrhundert nach Hitlers Krieg (!) wieder aufrecht in der Reihe der Völker mitmarschieren.«

Max Horkheimer skizzierte diese Entwicklung bereits in

³ vgl. Werner Bergmann, Sind die Deutschen Antisemiten?, S. 113

den 60er Jahren: »Rache ist die Seele nationalistischer Siege, und angesichts der Entnazifizierung braucht man nicht erst eine Dolchstoßlegende aufzutun. Jetzt machen wir noch in Kollektivschuld und Freundschaft mit Israel, aber einmal muss auch das ein Ende haben. Bald ziehen wir den Schlussstrich.«⁴

Deutschland hat seit der Wiedervereinigung eine geradezu beispiellose Entwicklung hin zur erneuten Weltmacht vollzogen, die dabei ist, auf die Krisen des Kapitalismus wieder deutsche Antworten zu geben. Und die typisch deutsche - wenn auch freilich nicht nur auf Deutsche beschränkte - Antwort auf kapitalistische Krisen ist das widersinnige und für die Welt verhängnisvolle Streben nach einer moralischen, sozialen, gesunden, krisenfreien Gesellschaft, ohne dabei die Grundfesten des Kapitalismus auch nur anzutasten. Die deutsche Sozialdemokratie eben. Als Gerhard Schröder 2002 noch etwas zu laut über ein mögliches Engagement deutscher Soldaten in Israel nachdachte, war es wohl noch zu früh, die Richtung aber klar. Deutsche Geschichte wird erst dann endgültig ad acta gelegt werden können, wenn deutsche Soldaten in Israel stehen. Die Aversion gegen die »Instrumentalisierung unserer Schande«⁵ mittels der »Moralkeule Auschwitz« (beides Martin Walser) geht heute einher mit der Finanzierung des palästinensischen Terrors durch deutsche und europäische Behörden, mit einer kaltblütigen Indifferenz angesichts blutiger Anschläge in Cafés und Bussen und mit der fortwährenden Ermahnung an die Adresse Israels, den Bogen nur nicht zu überspannen.

Finanzielle, politische oder publizistische Schützenhilfe könne von deutscher Seite heute nahezu alle erklärten Feinde Israels erwarten. Und nicht selten tut sich dabei insbesondere die deutsche Linke hervor.

Der seit langem und bis heute in der bundesdeutschen Linken verbreitete Antizionismus basiert im wesentlichen auf einer nie geleisteten Kritik an der traditionellen Arbeiterbewegung und an der Vergesellschaftungsform der Sowjetunion. Deren antiimperialistisches und antizionistisches Weltbild wurde vielmehr einfach unreflektiert übernommen. Was an Lenins Kritik des Zionismus als bürgerlichjüdischem Nationalismus noch richtig war - Lenin erwartete schließlich die sozialistische Weltrevolution und hegte dementsprechend für die Gründung weiterer Nationalstaaten mit eigenen Armeen wenig Sympathien - musste sich nach dem Scheitern der Weltrevolution schließlich unter Stalin in eine gefährliche Ideologie verwandeln, die dabei auch ihren antisemitischen Charakter gewann. So übernahm die Sowjetunion schon bald nach dem zweiten Weltkrieg die führende Rolle in der antizionistischen Propaganda. Ihr damit verbundenes Interesse an den arabischen Staaten, für die die Judenfeindschaft das übergreifende Konstrukt zur Erlangung und Aufrechterhaltung inner-

wie zwischenstaatlicher Einheit darstellte, war jedoch anfangs eher machtpolitisch orientiert und erinnerte die dortigen »nationalen Befreiungsbewegungen« auf manchmal durchaus imperialistische Art und Weise daran, dass vor dem »Nationalen« und allem anderen das »Internationalistische« und also durchaus das »Sozialistische« zu stehen habe. Damit wurden die bösen Geister, die man zwar nicht unbedingt gerufen, aber doch für mit dem Sozialismus kompatibel erklärt hatte, noch in der Flasche gehalten.

Schon bald aber wurden die antisemitischen Untertöne lauter und es kam bereits Ende der 40er Jahre zu ersten Kampagnen zunächst gegen »Intellektualismus« und »vaterlandslosen Kosmopolitismus«, später dann ganz offen gegen Zionismus. Die Mehrheit der Angeklagten in den nun folgenden Schauprozessen waren Juden, denen vorgeworfen wurde, unter dem Deckmantel des Zionismus in allerlei dunkle, undurchsichtige und vor allem staatsfeindliche Machenschaften verwickelt zu sein. Hier zeigten sich auch schnell die offen antisemitischen Konnotationen des sowjetischen Antizionismus, denn dem Antisemiten gilt die zersetzende und staatsfeindliche Tätigkeit der Juden als ausgemacht.⁵

Im Rahmen des Slansky-Prozesses⁶ 1951/52 in Prag kursierten bereits wüste Theorien über die »jüdischzionistische Weltverschwörung«, wie etwa die, Israel sei nur gegründet worden, um von einem geheimen Militärstützpunkt in Haifa aus zum vernichtenden Schlag gegen die Sowjetunion auszuholen.⁷ Der Zionismus wurde also gewissermaßen als der militante Arm jüdischer Bemühungen um die Weltherrschaft aufgefasst.

Die Entwicklungen in der Sowjetunion nach dem zweiten Weltkrieg zeigen nicht nur die weitgehende Kongruenz des antisemitischen mit dem antizionistischen Weltbild, sondern offenbaren auch, dass der Antizionismus exakt die Form des Judenhasses ist, die dieser nach Auschwitz notwendig annehmen musste. Während nämlich der Antisemitismus im Ostblock offiziell verpönt und seine allzu offene Artikulation verboten war, wurde der mit teilweise bis zur Deckungsgleichheit selben Argumentationsmustern hantierende Antizionismus zur Staatsdoktrin erhoben. Gleiches galt für die DDR: zwar hatte hier eine erheblich weitergehende Entnazifizierung stattgefunden als im Westen, aber ebenso keine Aufarbeitung des Nationalsozialismus und der Ursachen des Holocaust. Der wesentliche Grund dafür war die im gesamten Ostblock und in der traditionellen Arbeiterbewegung dominante, eindeutig untaugliche Faschismusanalyse Dimitroffs, der gemäß der Faschismus »die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« sei. Der Nationalsozialismus galt dementsprechend auch eher als eine Art Verschwörung der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft, um diese zu

⁴ aus Max Horkheimer: Notizen in Deutschland 1950 bis 1969. 1974 in Frankfurt erschienen

⁵ zur Geschichte des osteuropäischen Antizionismus siehe v.a.: Léon Poliakov. Vom Antizionismus zum Antisemitismus. Ca ira Verlag, Freiburg, 1992

⁶ Rudolf Slansky war seit 1945 Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Am 8. September 1951 wurde er als Generalsekretär entlassen und erhielt den Posten eines stellvertretenden Ministerpräsidenten. Am 23. November 1951 wurde er verhaftet und des Hochverrats angeklagt. In einem Schauprozess im November 1952 wurde er als angeblicher "Leiter eines staatsfeindlichen Verschwörungszentrums" zum Tode verurteilt und am 3. Dezember 1952 zusammen mit zehn weiteren Mitangeklagten hingerichtet. Während des Prozesses kam es zu mehreren antisemitischen Reden der Ankläger. Hunderte Juden verließen nach dem Prozess fluchtartig die Tschechoslowakei.

⁷ London, Arthur: Ich gestehe. Der Prozeß um Rudolf Slansky, Berlin, 1991

schwächen, als Manipulation der Herrschenden. Die massenhafte Begeisterung der Deutschen aus allen Klassen und Schichten für den NS passte nicht zu dieser Interpretation und wurde schlicht geleugnet. Antisemitismus galt als normaler Rassismus unter vielen anderen Formen, und weil in der DDR ja das Großkapital verstaatlicht war, konnte es keinen Faschismus und also auch keinen Antisemitismus geben.

Auschwitz als »das Telos des Nationalsozialismus« (ISF), die deutsche Volksgemeinschaft als tatsächlich »klassenlose Klassengesellschaft« (Adorno), als in der Sache des Judenmords durch und durch einig Kollektiv, war so überhaupt nicht denkbar und deshalb zu keinem Zeitpunkt Thema. Nur vor diesem Hintergrund konnte einerseits der Antisemitismus als überwunden dargestellt, andererseits gegen Israel als »Brückenkopf des Imperialismus« gehetzt werden, und dies alles in Verbindung mit der prinzipiellen Ablehnung von Wiedergutmachungszahlungen seitens der DDR. Diese Ablehnung wurde damit begründet, dass die Gelder ja schließlich nicht den überlebenden Juden zu gute kommen würden, sondern dem Imperialismus und allen voran den USA, (wo die Juden ja bekanntlich sitzen und die Fäden ziehen.)⁸

In Anlehnung an die Vorgaben der Sowjetunion gab es auch seitens der DDR zum einen eine explizit proarabische Haltung bis hin zu Waffenlieferungen in den 70ern, auf der anderen Seite keine Kritik an deren antisemitischem Grundverständnis.

Der Großteil der deutschen Linken hat den Antizionismus zusammen mit dem Antiimperialismus einfach aus der Sowjetunion übernommen und beides, bis auf wenige marginalisierte Ausnahmen wie etwa die Kritische Theorie, niemals kritisiert. Er hat die Tatsache, dass der Antizionismus die Form des Antisemitismus ist, die nach Auschwitz geboten war, nicht nur nicht erkannt, sondern das antizionistische Weltbild zum integralen Bestandteil des eigenen Politikverständnisses erhoben.

Teile der deutschen Linken trugen den offiziellen Philosemitismus gewisse Zeit - wenn auch aus anderen Gründen - mit. Neben einer auch hier vorhandenen unreflektierten Begeisterung für die Aufbauleistungen des neuen Staates und den Pioniergeist bei der Besiedelung und Urbarmachung öder Landstriche, schien hier aber auch schlechtes Gewissen und Mitleid, mithin: Moral prägend. Die Juden wurden zum bedauernswerten Objekt, über dessen Leid man betroffen redete, jedoch nur so lange, wie sich die Juden auch als opferbereit und wehrlos erwiesen.

Da diesen Linken zum Thema Israel meistens nur sechs Millionen tote Juden aus der Vergangenheit einfielen und sie das Fortleben eines eliminatorischen Antisemitismus überhaupt nicht sahen, mithin Auschwitz nicht mal ansatzweise begriffen hatten, vor allem nie als Aktualität, musste sich diese Haltung sofort ändern, als Israel 1967 im 6-Tage-Krieg⁹ vom bemitleidenswerten Objekt linksdeutscher Projektionen zum selbstbewussten, militärisch starken Staat

wurde und die Springerpresse den Sieg gegen die Übermacht der arabischen Staaten und deren offen artikulierte Vernichtungsdrohung euphorisch als »Blitzkrieg« feierte. Während sich das offizielle Deutschland beinahe hämisch freute, dass Israel nun in den Reigen der ganz »normalen« Nationalstaaten aufgenommen sei, dass Israel wie andere Staaten schon mal Krieg führt und eben darum - ebenso wie Deutschland - auch Dreck am Stecken habe, dass Israel mithin seinen Sonderstatus nun endgültig verloren habe, ging die 68er-Linke noch einen Schritt weiter: die anfängliche Solidarisierung mit den arabischen Staaten und vor allem den Palästinensern wuchs sich zur Begeisterung für deren Kampf gegen Israel aus, insbesondere weil die PLO fortan auf eine durchaus antiimperialistische und sozialrevolutionäre Rhetorik setzte. Zeitgleich mit dem Auftauchen von Plakaten mit vermummten palästinensischen »Heldenfiguren« auf linken Demonstrationen wird Israel in der Diktion der radikalen Linken zum faschistischen Staat und zum »chauvinistischen und rassistischen Staatengebilde« (SDS Heidelberg als pars pro toto für die 68er). Diese Haltung, die sich auch nicht scheute, die zutiefst deutsche Propaganda von der »Notwehr der Völker gegen US-Imperialismus und Weltzionismus« zu übernehmen, war geprägt von einer zunehmenden Gleichgültigkeit gegenüber dem in allen arabischen Staaten mehr oder weniger offen artikulierten Ziel der Vernichtung Israels.



Verstärkt finden sich nun in Flugblättern und auf Transparenten die für den Antizionismus so kennzeichnenden Vergleiche der israelischen Regierungspolitik mit dem Nationalsozialismus. So betriebe, wie es die Zeitschrift »Arbeiterkampf« formulierte, Israel die »Endlösung der Palästinenserfrage« und entlarve sich darin als »Wiedergänger Hitlers«.

Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die antiisraelische Hetze in der BRD in den 70ern, als nicht wenige - und in etlichen Fällen ließ sich tatsächlich schwer sagen, ob die Akteure nun aus rechten, linken oder arabischen Gruppen stammten - ihrem Hass Taten folgen ließen: zahlreiche Anschläge auf jüdische Friedhöfe oder Synagogen waren die Folge. Die Ereignisse 1972 in München, als ein palästi-

⁸ mehr dazu bei: Angelika Timm: Hammer, Zirkel, Davidstern - Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und dem Staat Israel. Bonn, 1997

⁹ Der Sechstagekrieg dauerte vom 5. bis zum 10. Juni 1967. Der Krieg begann mit einem Präventivschlag der israelischen Luftwaffe auf ägyptische Luftwaffenbasen, nachdem Ägypten zuvor die Straße von Tiran für die israelische Schifffahrt gesperrt hatte und arabische Armeen an den Grenzen Israels aufmarschiert waren.

nensisches Kommando »Schwarzer September« die Mitglieder der israelischen Olympia-Mannschaft als Geiseln nahm und später exekutierte, riefen innerhalb der radikalen Linken keineswegs Empörung und Abscheu hervor. Ulrike Meinhof etwa bezeichnete das Attentat als legitimen anti-imperialistischen Akt. Auch die Selektion jüdischer Passagiere bei der Flugzeugentführung nach Entebbe¹⁰ 1976 durch ein RZ-Kommando und einige Palästinenser erzeugte eher Begeisterung, mindestens aber Verständnis.

Der arabische Antizionismus, der insbesondere seit den Niederlagen gegen Israel 1956 und `67 seinen wahren antisemitischen Kern offenbarte und sich bis heute nicht nur in der finanziellen Unterstützung von Terrorgruppen, sondern auch in der Leugnung des Holocaust in staatlichen oder halbstaatlichen Medien äußert, war und ist den propalästinensischen Freunden des »Volkskriegs« kein Anlass zur Kritik.

Grundlage des heutigen Antizionismus ist, wie bereits angedeutet, das seit dem wenig ruhmreichen Untergang der Sowjetunion eigentlich als überwunden geglaubte Welterklärungsmodell des Antiimperialismus, das von der ursprünglich radikalen Kritik zur Wissenschaft des Marxismus-Leninismus verkommene Denken des Realsozialismus, dessen im wesentlichen manichäisches Weltbild sich auszeichnet durch die Negation kapitalistischer Totalität zugunsten einer Reduktion gesellschaftlicher Zusammenhänge auf den Gegensatz zwischen guten Völkern einerseits, und bösen Imperialisten, also Volksfeinden, andererseits. Die Reaktionen innerhalb der Linken auf die Anschläge des 11. September, die von Verständnis bis hin zur Begeisterung für die »gerechte Sache der unterdrückten Völker« und deren Kampf gegen die vermeintlichen Verursacher des Elends geprägt waren, zeigten ebenso wie die nicht selten geäußerte Feststellung, dass die Yankees schon irgendwie verdient hätten, was ihnen da passiert sei, dass der Antiimperialismus keineswegs die Ächtung innerhalb der Linken erfahren hat, die er verdient hätte. Wer aber den Antiimperialismus als Welterklärung akzeptiert, muss auch Begriffe wie Volk und Vaterland letztlich gutheißen, ist das Ziel der Unterdrückten doch nur, die Besatzer aus »ihrem« Land zu vertreiben. Solche Begriffe sind aber ebenso wie Staat und Nation nicht ohne Abgrenzung und Feindbestimmung zu haben. Das, was das eigene Selbst, die eigene Identität angeblich ausmache, muss ebenso beständig beschworen werden wie das fundamental Andere. Folgerichtig meinte dann etwa ein Palästinenser auf einer Veranstaltung in Nürnberg, das Abholzen von Olivenbäumen durch israelische Soldaten treffe die Palästinenser in ihrer Identität, und nicht etwa, wie man als Materialist meinen könnte, ein Produktionsmittel.

Der Antiimperialismus offenbart so sein grundsätzliches Versagen in puncto Staatskritik. Wie sonst könnte man sich bei der Forderung nach neuen, auch noch ethnisch definierten, Staaten, wie etwa bei der Forderung nach einem palästinensischen Staat, auch noch revolutionär vorkommen? Dem Antiimperialisten - und mit ihm dem Antizionisten -

ist der Staat nicht etwa suspekt, sondern erscheint, sofern er sich als echter Vertreter der Volksinteressen - als »Volksstaat« - ausgibt, als durchaus nützliche Kategorie und in seiner aus traditionslinker Sicht vollendeten Form, der »Diktatur des Proletariats«, als Vorschein oder gar schon als Vollzug der Revolution. Dies führt dazu, die objektiven Nebenwirkungen staatlicher Vergesellschaftung, die per se gewaltförmig ist und darum unter dem Menschenmaterial Opfer fordert, interessegeleiteten fremden Mächten zuzuschreiben, die die eigentlich glückliche Einheit von Staat und Staatsvolk, dem Gebot des schnöden Mammons folgend, zersetzen. Mit anderen Worten: man erkennt, dass Staatlichkeit Opfer fordert, lastet dies aber nicht dem Staat an sich an, sondern imperialistischen »Besatzungsmächten«.

Der Kampf gegen Fremdherrschaft wird so zur bloßen Ablehnung des Fremden bei gleichzeitiger Affirmation von Herrschaft als solcher. Nicht fremde, sondern eigene, volksnahe Herrscher sollen regieren. Man landet so notwendig beim schon von den Nazis als Grundrecht beschworenen »Selbstbestimmungsrecht der Völker«, das bereits Ausdruck der fundamentalen Unfähigkeit ist, eine staaten- und klassenlose Gesellschaft überhaupt zu denken. Das mehr noch die Frage, ob eine Organisation von Menschen in Form von Staaten und Völkern überhaupt sein soll, gar nicht zulässt. In der Betonung der guten Volksstaaten, die sich zu Recht fremder Einflussnahme erwehren, offenbart sich auch die Sehnsucht der Antiimperialisten nach der Einheit von Volk und Staat. Nicht Grenzniederreißung ist damit ihr Ziel, sondern vielmehr die Aufteilung der Welt in viele möglichst homogene Völker mit ihren jeweils eigenen Staaten. Jedem die Kultur, in die er hineingehört. Aber wo gehört er hin? »Volk« ist eben nicht, wie uns die antiimperialistischen Volkstumsspezialisten erzählen, etwas natürliches, urwüchsiges, sondern ein Konstrukt, welches erst durch einen politischen Souverän wie den Staat oder halbstaatliche Instanzen, die in der Lage sind, die Grenze zum »Anderen« zu ziehen, geschaffen wird. »Volk« ist damit zugleich der Inbegriff der Zwangsentindividualisierung und der gewaltvollen Unterordnung des Einzelnen unter den Begriff eines einheitlichen Kollektivs. Damit ist Volk nicht nur permanente Drohung gegen all jene, die diesem Kollektiv nicht angehören können oder wollen, sondern auch der grundlegendste Gegensatz zum »Verein freier Menschen«, wie Marx den Kommunismus umschrieb.

Aus dem Antiimperialismus heraus erklärt sich auch der Hass der Antizionisten auf Israel, sind doch die Juden seit jeher das »Anti-Volk« schlechthin, heimatlos, umherirrend. Israel kann daher auch nur der Jude unter den Staaten sein. Das antizionistische Wörterbuch trägt dem Rechnung, indem es von Israel immer als »sogenanntem Staat« spricht, dass also Israel gar kein richtiger, sondern ein künstlicher Staat sei, weil er über gar kein einheitliches Volk verfüge. Dass Künstlichkeit wohl das beste ist, was man überhaupt über Staaten sagen kann, ist dabei schon untergegangen.

Die Botschaft der Volksfreunde ist damit grundeinfach

¹⁰ Die Entführer waren acht Angehörige der Volksfront zur Befreiung Palästinas, sowie zwei Mitglieder der Revolutionären Zellen. Mit der Flugzeugentführung sollte die Freilassung von insgesamt 53 Inhaftierten aus Gefängnissen in Israel, Frankreich, der BRD und der Schweiz erpresst werden. Darunter unter anderem Gefangene der RAF und der Bewegung 2. Juni. Die Entführer kündigten an, alle Geiseln außer den jüdischen freizulassen. Die Entführung endete mit einem Einsatz israelischer Streitkräfte, bei dem sechs der Entführer und drei Geiseln ums Leben kamen.

und geht in der Beurteilung der Situation im Nahen Osten so: Im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern kommt letzteren der Part des guten Volkes zu. Die Palästinenser seien eigentlich friedlich, sofern sie nicht zu Notwehrmaßnahmen gezwungen werden, sie sind natürlich, bescheiden, pflegen alte Werte und Traditionen und verzweifeln geradezu an der ihnen zugefügten Entwurzelung.

Israel dagegen, das, weil die Juden schon immer kosmopolitisch und wurzellos waren, gar kein richtiger Staat sein kann, ist rassistisch, imperialistisch, kulturlos und lebt parasitär auf Kosten der Palästinenser, deren Gemeinschaft es zersetzt.

Inbesondere in Deutschland ist Antizionismus daher weit mehr als bloß Kritik am jüdischen Nationalismus und letztlich ohne Antisemitismus nicht zu haben. Würde man nämlich statt Zionismus »jüdischer Nationalismus« sagen, müsste man auch auf das Wesen von Staat und Nation zu sprechen kommen. Man müsste erkennen, dass gerade Staatlichkeit in ihrem Bestreben, Einheit im Inneren durch Abgrenzung gegenüber dem Fremden herzustellen, immer wieder und in nahezu allen Ländern der Welt zu antisemitischen Strömungen geführt hat und führt. Schon deshalb verbietet sich eine rein historische Betrachtung von Zionismus und Antizionismus. Das traurige Paradoxon des Zionismus besteht darin, dass er, solange es auf der Welt Staaten gibt, auf der jüdischen Emanzipation durch einen eigenen Staat bestehen muss. Eine Kritik des Staates führt so notwendig zur Kritik auch des Antisemitismus. Weil wir Staatskritiker sind, sind wir solidarisch mit Israel.

Weist man Antizionisten auf den antisemitischen Gehalt ihres Weltbildes hin, bekommt man meist zur Verteidigung eine ganze Reihe antisemitischer Klischees angeboten, wie etwa, dass man ja gar nichts gegen Juden habe, aber Israel müsse man doch noch kritisieren dürfen. Die beständig und gegen jede Evidenz vorgebrachte Klage, Kritik an Israel sei irgendwie verboten - ganz so, als fühlte sich nicht jeder gute Deutsche ständig dazu bemüßigt, ganz so auch, als wäre diese nicht in sämtlichen Medien von rechts bis links immer wieder präsent - diese Klage reproduziert offensiv die antisemitische Lüge von der ungeheueren Macht der Juden und ihrer Anhänger über die Presse und somit über die gesamte öffentliche Meinung. Sie verstärkt das Gefühl der Israelfeinde, Teil eines unterdrückten, gegängelten und zur Notwehr geradezu gezwungenen Kollektivs zu sein.

Erschreckend ist aber auch die völlige Verkennung oder mindestens die Gleichgültigkeit gegenüber dem Charakter des Antisemitismus. Auschwitz als Mission des Nationalsozialismus und als das fürchterliche Ende, auf das der Antisemitismus mit einer gewissen Konsequenz zusteuerte und dies auch heute noch tut, ist den Antizionisten nicht der Rede wert. Weil ihnen der Juden Hass entweder als eine Sache der Nazis gilt, oder als geschickte Manipulation der Herrschenden, um die Arbeiter vom Klassenkampf abzulenken, oder als ein Rassismus unter vielen, können Linke demnach gar keine Antisemiten sein. Weil sie den Antisemitismus zudem höchstens als deutsches oder europäisches Phänomen auffassen, und nicht etwa als Resultat kapitalistischer Vergesellschaftungsform, können in ihren

Augen die Palästinenser auch gar nichts damit zu tun haben, ganz so, als wäre der Antisemitismus nicht ebenso global wie die Wertvergesellschaftung auch.

Der Antisemitismus drängt zur Vernichtung, und zwar überall dort besonders stark, wo sich die Menschen entschließen, nicht freie Menschen sein zu wollen, sondern Volksgenossen, also fast überall. Deutschland hat in dieser Hinsicht eine Art historische Vorreiterrolle übernommen, das Prinzip selbst ist längst exterritorialisert. Heute steht Israel im Nahen Osten eines der aggressivsten antisemitischen Kollektive weltweit gegenüber, das ob des Versagens bestimmter Teile der Linken sich nicht nur der Unterstützung Deutschlands, der EU oder der UNO sicher sein kann, sondern auch noch auf die Solidarität eben dieser »Linken« zählen kann. Dabei ist Israel - und wer dies bestreitet, hat von Kritik an bürgerlicher Staatlichkeit und an der Staatsform überhaupt nicht das geringste verstanden - der einzige Staat der Welt, der Legitimität für sich beanspruchen kann. Israel ist eben nicht nur das Resultat der Ermordung von sechs Millionen Juden, es ist auch die Konsequenz aus dem Scheitern und dem Verrat des bürgerlichen wie des kommunistischen Glücksversprechens. Es ist Mahnung, dass gesellschaftliche Zustände, in denen sich so etwas wie Auschwitz nicht mehr wiederholen kann, längst nicht geschaffen sind, weil die Verhältnisse, die dazu führten, sowohl im Allgemeinen - Staat und Kapital - als auch im Besonderen - Deutschland und ihm nacheifernde Kollektive - nach wie vor bestehen. Weil Israel somit für die ganze Wahrheit über Deutschland und das, was deutsch ist - und das sind nicht immer nur die Deutschen! - steht, ist es schon deshalb ein Hindernis für die vollständige Entsorgung deutscher Geschichte. Weil es, schon im Interesse der Selbsterhaltung, notwendig gegen jede Form negativer Krisenbewältigungsstrategien sich wenden muss, erhält es unfreiwillig mindestens in der Region militant die Idee des bürgerlichen Glücksversprechens und damit auch die Idee des Kommunismus.

Gerade in der Abwehr der von den Islamisten propagierten und in Deutschland meist herzlich aufgenommenen Idee einer negativen und erzwungenen Einheit, gerade in der Betonung des größtmöglichen Glücks der größtmöglichen Zahl (nur am Rande, weil es für jedes Beispiel immer auch ein Gegenbeispiel gibt: hinsichtlich etwa der Gleichberechtigung von Homosexuellen ist Israel eines der fortschrittlichsten Länder der Welt.) ist Israel heute näher an der Idee des Kommunismus dran als der Großteil derjenigen Linken, die sich so sehr gegen Künstlichkeit wehren und sich echte, naturwüchsige, verwurzelte Völker im Kampf gegen das Böse ersehnen. Damit ist Israel zwar nicht das neue Vaterland des Kommunismus, sein Handeln aber mindestens im praktischen Sinne antifaschistisch.

Dabei ist Israel selbstverständlich ein bürgerlichkapitalistischer Staat mit allen Widerwärtigkeiten, die staatliche Vergesellschaftung eben so ausmachen. Gerade die Konstitution eines bürgerlichen Staates aus dem Nichts binnen kürzester Zeit, der Vollzug einer quasi »ursprünglichen Akkumulation« (Marx) - das alles dauerte in Europa immerhin etwa 200 Jahre! - ging zweifelsohne auf Kosten auch der palästinensischen Bevölkerung. Das Dilemma liegt in der Notwendigkeit, mit der der Zionismus ein jüdi-

ches Volk konstruieren und einen eigenen bürgerlichkapitalistischen Staat fordern musste, der sich in seiner selbstbewussten Form, dem Nationalismus allerdings nicht schlimmer verhält, als das Nationalstaaten eben tun. Die Tatsache, dass es gerade Staat und Kapital sind, die den Antisemitismus mit einer gewissen Konsequenz erzeugen, muss dem heutigen israelischen Nationalisten ebenso ungreiflich erscheinen wie dem Zionisten des 19. oder 20. Jahrhunderts. Aber, und dies gibt den Zionisten Recht: die Erkenntnis dieses Zusammenhangs hätte den Juden damals ebenso wenig genützt, wie sie den heutigen Opfern palästinensischer Selbstmordanschläge hilfreich ist.

Richtig ist: eine Emanzipation, die mehr ist als die bloß negative Emanzipation von den Vernichtungssehnsüchten der Antisemiten (was aber immerhin eine Frage des Überlebens ist), eine Emanzipation also im kommunistischen Sinn, ist über den Zionismus, weil er sich als nationale Befreiung sieht und also den Staat voraussetzt, nicht zu haben. Richtig ist aber auch: der Versuch, der Verfolgung mittels eines eigenen Staates zu entgegen, ist erstens in einer staatlich verfassten Welt das Naheliegendste und zweitens, weil die Juden nach wie vor weltweit ins Visier von Staatsbürgerkollektiven und solchen, die es werden wollen, geraten, nach Lage der Dinge die einzig vorläufig angemessene Reaktion, und dies mindestens solange, als bis die staaten- und klassenlose Gesellschaft von einer von rechts bis links erniedrigten Utopie zur gesellschaftlichen Realität geworden ist.

Zweifellos bilden radikale Antiimperialisten heute nicht mehr die Mehrheit innerhalb der Linken und in vielen Gruppen hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass die Antisemiten im Grunde nur Spinner seien. Allerdings kritisiert man auch heute kaum einmal das Weltbild des Antisemitismus oder stellt sich die Frage, ob die Kategorie des

Imperialismus zur Analyse und Kritik der gegenwärtigen Gesellschaft überhaupt taugt, sondern wendet sich nur von allzu durchgeknallten Aktionen wie der »Spende 10 € für den irakischen Widerstand« - Kampagne ab. Ansonsten entzieht man sich gerne einer Stellungnahme, gibt sich objektiv, lässt mal die eine, mal die andere Seite zu Wort kommen, schwafelt großmütig etwas vom zu gewährenden »Existenzrecht Israels« und gibt sich wieder einmal erschrocken angesichts sechs Millionen toter Juden. Wie schnell so etwas kippen kann, zeigen nicht zuletzt die Entwicklungen in den 60er und 70er Jahren. Moishe Postone hat betont, dass es keine Linke gab, die vor 1967 so Feuer und Flamme für Israel war und danach so schnell sich auf die Seite der Palästinenser geschlagen hat.

Wer die Solidarität mit Israel nur schwer über die Lippen bekommt, weil man damit ja irgendwie auch Besatzung rechtfertigen würde, der steht eben auf der anderen Seite als der der Emanzipation. Was die Aufklärbarkeit der Linken in Sachen Antizionismus angeht, so ist durchaus Skepsis angebracht. Antizionisten aufzuklären dagegen ist vollkommene Zeitverschwendung. Ebenso wie der Antisemit ist der Antizionist immun gegen Argumente, die Aufklärung scheidet notwendig an seinem durch und durch guten Gewissen, an seiner Überzeugung, unheimlich rebellisch, gar revolutionär zu sein, und an seinem eingebildeten Dasein als Teil einer eingeschworenen Gemeinschaft, die für sich reklamiert, das wahre Wesen Israels entgegen aller jüdischen Propaganda durchschaut zu haben.

Die Solidarität mit Israel und der Kampf gegen Antisemitismus, Antizionismus und völkische Bestrebungen dagegen ist Grundlage einer Linken, die die Idee der freien Assoziation freier Individuen nicht auf ewig begraben will, also einer Linken, der es, wie eingangs erwähnt, noch ums Ganze geht. Unterhalb der genannten Mindeststandards ist eine weitere Diskussion somit überflüssig.

Antisemitismus und Wertform. Ein Beitrag zu Moishe Postones Aufsatz

»Nationalsozialismus und Antisemitismus«

Zuvor

Ein wichtiger Strang der Debatte über den Antisemitismus steht im Zusammenhang mit der Theorie des kapitalistischen Systems als durch »Wertvergesellschaftung« bestimmt. Moishe Postone und Robert Kurz sind zwei wichtige Vertreter einer solchen auf der Wertform beruhenden Theorie des Antisemitismus. Im Folgenden werde ich diese Position anhand des Artikels »Nationalsozialismus und Antisemitismus« von Moishe Postone präsentieren. Sämtliche Zitate beziehen sich auf die derzeit aktuellste Fassung des Textes: Moishe Postone: Nationalsozialismus und Antisemitismus. In: ders.: Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen. Ca ira Verlag, Freiburg, 2005, S. 165-194. Die ursprüngliche Fassung des Aufsatzes entstand bereits 1979.

Die Mehrheit der Deutschen hatte nach dem Krieg unmittelbar zur Normalität zurückkehren wollen und deshalb ihre Mitwisserschaft an den Verbrechen beharrlich geleugnet. Diese Verdrängungsleistungen der Elterngeneration waren nun zwar zum einen ein wichtiger Faktor für die Entwicklung der deutschen Linken der 60er und 70er Jahre, allerdings fand nach Postone auch innerhalb dieser Linken kaum eine vernünftige Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus statt. Vielmehr konzentrierte man sich wie schon vor dem Krieg weiterhin auf die Geschichte der Arbeiterbewegung und übersah, »daß diese Geschichte spätestens 1933 zu Ende war.«

Weil die Arbeiterbewegung in jedem Fall als positives Identifikationsobjekt erhalten bleiben musste, wurde ihr ein stark antagonistisches Verhältnis zum Nationalsozialismus zugeschrieben, während man das Großkapital, die Polizei

oder das Militär als Stützen des Regimes anprangerte. Der Nationalsozialismus wurde also - entgegen dem tatsächlichen geschichtlichen Verlauf - nicht als Massenbewegung wahrgenommen. So konnte man an einem Klassenbegriff festhalten, der angesichts der massenhaften Begeisterung des Proletariats für die Nazis eigentlich obsolet geworden war. Die besondere Qualität des NS konnte auf diese Weise nicht begriffen werden und so wurde er nicht selten eingemeindet in eine Reihe anderer Verbrechen wie etwa den Vietnamkrieg.

Dieses Dilemma der deutschen Linken wurde offensichtlich in ihrer Haltung zu Israel: »Keine westliche Linke war vor 1967 in dem Maße philosemitisch und prozionistisch wie sie nach dem Sechs-Tage-Krieg propalästinensisch war.« War der Philosemitismus Ausdruck eines diffusen Schuldbewusstseins, so konnte man sich in dem Moment davon befreien, als die Juden nicht mehr schwache Opfer waren. Im Extremfall kamen dann auch erste Vergleiche von Juden und Nazis auf.

Nach Postone ist die Vernichtung der Juden überhaupt nur im Zusammenhang mit dem ganz »normalen« NS zu verstehen. Sie muss verstanden werden als dessen logischer Kulminationspunkt, nicht als ein Aspekt unter anderen. »Keine Analyse des NS, die nicht die Vernichtung des europäischen Judentums erklären kann, wird ihm gerecht.« Postone grenzt sich weiterhin ab von Theorien, die den modernen Antisemitismus als bloßes Beispiel für Vorurteile, Fremdenhass und Rassismus behandeln, wobei er als Trennlinie gerade nicht die »Zahl der Menschen, die ermordet wurden« sieht. Das Spezifische des Holocausts sei also nicht quantitativer sondern qualitativer Natur, denn schließlich gab es in der Geschichte durchaus Massenmorde mit zahlreicheren Opfern.

Diese besondere Qualität des Holocaust bestand nach Postone in drei Aspekten: zunächst in der relativen Emotionslosigkeit der Täter (anders als bei anderen Massenmorden), weiter im Gefühl der Täter, eine historische Mission zu erfüllen und dadurch letztlich die Welt vor dem Verderben zu retten und drittens darin, dass der Holocaust keine andere Funktion hatte außer der Vernichtung selbst: nicht Landgewinnung, nicht Ausbeutung, nicht Zerschlagung von Widerstand. Er war »sich selbst Zweck - Ausrottung um der Ausrottung willen«.

Darüber hinaus war er offensichtlich das primäre Ziel der Nazis: In den letzten Kriegsjahren wurde ein bedeutender Teil des Schienenverkehrs für den Transport der Juden zu den Gaskammern benutzt, statt zur Versorgung der eigenen Frontsoldaten. Zudem mussten einige wichtige Betriebe schließen, weil deren hauptsächlich aus jüdischen Zwangsarbeitern bestehende Belegschaft ermordet wurde. Die Nazis nahmen also offensichtlich Produktionseinbußen bis hin zu einem möglichen Kriegsverlust in Kauf, nur um mit der Vernichtung möglichst schnell voran zu kommen.

Diese Tatsachen könnten durch »eine funktionalistische Erklärung des Massenmords und eine Sündenbock-Theorie des Antisemitismus nicht einmal im Ansatz« erklärt werden. Auch schon vor dem Nationalsozialismus sei der moderne Antisemitismus dadurch gekennzeichnet gewesen, dass die »Juden für die geheime Kraft hinter allen Gegnern, ob plutokratischer Kapitalismus oder Sozialismus, gehalten werden«. Zudem sei für den modernen Antisemitismus nicht nur sein säkularer Inhalt charakteristisch, sondern

auch sein systemartiger Charakter: »Er beansprucht, die Welt zu erklären.«

Im Gegensatz zu anderen, ähnlichen Ansätzen meint Postone, dass der moderne Antisemitismus in den Juden nicht nur die Personifizierung des »Trägers von Geld« sieht, wie dies im traditionellen Antisemitismus der Fall war, sondern dass vielmehr die gesamte »rasche Entwicklung des industriellen Kapitalismus durch den Juden personifiziert und mit ihm identifiziert wird«. Er wird für ökonomische Krisen verantwortlich gemacht und mit gesellschaftlichen Umstrukturierungen und Umbrüchen identifiziert, die mit der raschen Industrialisierung einhergehen.

Nach Postone kann also der Holocaust nur verstanden werden, wenn man den modernen Antisemitismus versteht. Dieser entstand im 19. Jahrhundert und basierte fraglos auch auf vorhergehenden traditionellen, meist religiös geprägten, antijüdischen Vorurteilen. Doch anders als bei anderen Vorurteilen schreibt der Antisemit den Juden eine ungeheure Macht zu, halluziniert sie als »Übermenschen«, deren Macht zudem nicht fassbar ist, sondern universell, abstrakt, mysteriös. Aufgrund dieser Unfassbarkeit kommen den Juden im antisemitischen Weltbild die unterschiedlichsten Rollen zu: sie können ebenso der fette, Zigarre rauchende Ausbeuter sein wie der gemeine Bolschewist, sie werden verantwortlich gemacht für die negativen Auswirkungen des Kapitalismus ebenso wie für Kommunismus oder auch die Schwächen der Demokratie. Damit hat Postone den modernen Antisemitismus zunächst von Rassismus und anderen Vorurteilen abgegrenzt. Noch nicht geklärt ist, warum er notwendig mit dem Nationalsozialismus verbunden ist.

Ein deutlicher Hinweis ergibt sich, wenn man die Frage stellt, warum der moderne Antisemitismus im ausgehenden 19. Jahrhundert um sich greift. Es ist dies bekanntlich die Zeit der rücksichtslosen Durchsetzung des modernen Kapitalismus, welcher mit den Juden gleichgesetzt wird. Dabei geht es nun nicht mehr bloß darum, die Juden mit Geldgeschäften und Handel in Verbindung zu bringen, vielmehr werden sie verantwortlich gemacht für sämtliche gesellschaftlichen Entwicklungen dieser Zeit: Verstärkung, Aufhebung traditioneller Ordnungen, Verelendung, aber auch für die Konstitution einer starken organisierten Arbeiterschaft, welche die etablierte Ordnung bedroht.

Der Kapitalismus war für den Einzelnen zu dieser Zeit bereits so komplex und undurchschaubar geworden, dass die Suche nach den vermeintlichen geheimen Drahtziehern des Ganzen enorme Anziehungskraft auf die Menschen ausübte. Mit anderen Worten: »Die abstrakte Herrschaft des Kapitals, wie sie besonders mit der raschen Industrialisierung einhergeht, verstrickte die Menschen in das Netz dynamischer Kräfte, die, weil sie nicht durchschaut zu werden vermochten, in Gestalt des ‚Internationalen Judentums‘ wahrgenommen wurden.«

Doch damit ist noch lange nicht erklärt, wieso die »abstrakte Herrschaft des Kapitals« ausgerechnet in den Juden personifiziert wurde.

Postone grenzt sich in diesem Abschnitt von Überlegungen Horkheimers und anderen ab, die meinten, dass die Personalisierungen sich wesentlich auf die Identifizierung der Juden mit dem Geld und damit auf die Zirkulations-sphäre beziehen. Diese Theorien seien nicht imstande, »die

antisemitische Vorstellung einzufangen, Juden stünden hinter Sozialdemokratie und Kommunismus«.

Andere Ansätze, die den Antisemitismus allgemein als gegen die Moderne gerichtet verstehen, sind zwar zunächst plausibler, haben aber das Problem, dass etwa das moderne Industriekapital oder moderne Technik von den Nazis keineswegs kritisiert oder gar angegriffen wurden. Schließlich konnten die Nationalsozialisten Romantizismus, Blut und Boden und Maschinenbewunderung problemlos vereinigen. Ein adäquater Ansatz müsste daher in der Lage sein, die Ablehnung bestimmter und zugleich die Affirmation anderer Aspekte der Moderne durch die Nazis in einem erklären zu können.

Nach Postone kann dies gelingen, wenn man differenziert zwischen dem, was der moderne Kapitalismus tatsächlich ist und dem, wie er erscheint, also zwischen Wesen und Erscheinung. Diese Möglichkeit eröffnet sich mit den Marxschen Kategorien von Ware, Wert und Kapital, vor allem aber mit dem Marxschen Fetischbegriff.

Zunächst gilt es festzuhalten, dass diese Marxschen Kategorien keineswegs nur ökonomische sind, sondern gesellschaftliche, insofern sie Formen gesellschaftlicher Verhältnisse darstellen.

Die Unterscheidung zwischen Wesen und Erscheinung ist zentral für Marx' Kritik der Politischen Ökonomie. Dies wird zunächst deutlich am von ihm so genannten »Doppelcharakter« der Ware: sie ist zugleich einerseits Gebrauchsgegenstand, also Verkörperung konkreter Arbeit, und andererseits Ausdruck einer bestimmten Form sozialer Beziehungen, nämlich des Tausches, und hat insofern einen konkreten Gebrauchswert und einen abstrakten Tauschwert.

Während man die einzelne Ware also tatsächlich anfassen und für die Befriedigung eines bestimmten Bedürfnisses benutzen kann, ist sie zugleich Träger von Wert, also von einer abstrakten Bestimmung, die sich einem mit den Mitteln der Sinnlichkeit nicht erschließt. Der Tauschwert ist dabei der eigentliche Wert. Er entsteht auf Grundlage der für die Herstellung des Produktes durchschnittlich notwendigen abstrakten Arbeitszeit und drückt sich aus im Geld. In Wert und Ware ist also eigentlich schon der Gegensatz von abstrakt und konkret enthalten. Mit den Worten Postones:

»Die dem Kapitalismus eigene Form vergegenständlichter gesellschaftlicher Beziehungen erscheint so auf der Ebene der Warenanalyse als Gegensatz zwischen Geld als Abstraktem einerseits und stofflicher Natur (der Ware; Anmerkung von mir) andererseits. Die kapitalistischen gesellschaftlichen Beziehungen scheinen ihren Ausdruck nur in der abstrakten Dimension zu finden - etwa als Geld und als äußerliche, abstrakte, allgemeine Gesetze...«.

Hier zeigt sich, dass die Marxschen Kategorien keineswegs nur bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse beschreiben, sondern zugleich bestimmte Denkformen. Ein fetischisiertes Denken ist demnach eines, welches »in den Erscheinungsformen der gesellschaftlichen Verhältnisse befangen« bleibt. Konkret: Die Ware, welche ja sowohl Gebrauchs- als auch Tauschwert vereint, erscheint, als sei ihre stoffliche, dingliche Form, also der Gebrauchswert, natürlich, während ihre abstrakte Form, ausgedrückt im Geld, als künstlich und unnatürlich wahrgenommen wird. Das Künstliche des Kapitalismus scheint so sich nur im Geld auszudrücken. Dem wird die bestehende, konkrete Seite

dann als das ‚natürliche‘ oder ontologisch Menschliche, das vermeintlich außerhalb der Besonderheit kapitalistischer Gesellschaft stehe, positiv entgegengestellt. So wird - wie etwa bei Proudhon - konkrete Arbeit als das nicht kapitalistische Moment verstanden, das der Abstraktheit des Geldes entgegengesetzt ist. »Dass konkrete Arbeit selbst kapitalistische gesellschaftliche Beziehungen verkörpert und von ihnen materiell geformt ist, wird nicht gesehen.« Dass auch die Ware bereits eine Abstraktion von den spezifischen Qualitäten eines Gegenstandes ist, ebenso nicht.

Was für die Warenform gilt, gilt ebenso für die Kapitalform, auch hier findet sich das Gegenüber von Abstraktem und Konkretem. Auch das Kapital weist einen Doppelcharakter auf, es ist zugleich Arbeitsprozess, also konkrete schöpferische Tätigkeit (Produktion) und Verwertungsprozess, der wiederum abstrakt und unfassbar ist. Und wie bei der Ware, so erscheint auch auf der Kapitalebene dem fetischisierten Denken das industrielle Kapital als natürlich und nützlich, weil es konkrete Dinge produziert, das abstrakte Finanz- oder zinstragende Kapital als künstlich und parasitär, wobei nur letzteres mit den negativen Auswirkungen des Kapitalismus assoziiert wird. Und auch hier ist bereits verschleiert, dass wie bei der Ware das eine ohne das andere im Kapitalismus keinen Sinn macht.

So erklärt es sich laut Postone, dass die Nazis sich selbst durchaus als antikapitalistisch begreifen und dennoch Anhänger modernster Technik und Produktionsweisen sein konnten:

»Diese Form des Antikapitalismus beruht also auf dem einseitigen Angriff auf das Abstrakte«, ohne zu verstehen, dass Abstraktes und Konkretes zwei Seiten der gleichen Medaille sind. Die Gegnerschaft zum Abstrakten beschränkt sich dabei keineswegs nur auf die Ökonomie, sie richtet sich ebenso gegen abstrakte Vernunft, abstraktes Recht oder gegen die abstrakte Idee einer Staatsbürgernation, der gegenüber man die Bedeutung von Blut und Boden hervorhebt.

Das Dilemma einer Gegnerschaft zum Abstrakten ist indes, dass das Abstrakte nicht greifbar ist. Die Abstraktheit und Unfassbarkeit des Kapitals ist es denn auch, was mit den Juden assoziiert wird. Dabei ist wichtig, dass der moderne Antisemitismus in den Juden nicht nur Vertreter des Kapitals sieht, sondern dessen Verkörperung. Die Juden wurden zu »Personifikationen der unfassbaren, zerstörerischen, unendlich mächtigen, internationalen Herrschaft des Kapitals. (...) Die Überwindung des Kapitalismus und seiner negativen Auswirkungen wurde mit der Überwindung der Juden gleichgesetzt.«

Zu fragen ist allerdings, warum sich der Fokus ausgerechnet auf die Juden richtete.

Nach Postone war dies keineswegs zufällig so, etwa weil es eine lange antijüdische Tradition in Europa gab, sondern sogar logisch zwingend, und zwar aus mehreren Gründen. Deren erster ist die Gleichzeitigkeit der rasanten Entwicklung des Kapitalismus im 19. Jahrhundert mit der Emanzipation der Juden. Sie wurden in der Folge in der Öffentlichkeit stärker sichtbar, vor allem in Berufen, die mit der Moderne assoziiert wurden, etwa in der Presse, im Einzelhandel oder an den Universitäten.

Einen weiteren Grund sieht Postone in der ambivalenten Form der Nation. Diese werde nämlich einerseits rein poli-

tisch betrachtet, in Form der vor dem Gesetz gleichen Staatsbürger, andererseits aber werde sie auch immer als durch eine gemeinsame Sprache, Geschichte, Tradition und Kultur bestimmt gesehen. »In diesem Sinne erfüllten die Juden nach ihrer politischen Emanzipation als einzige Gruppe in Europa die Bestimmung von Staatsbürgerschaft als rein politischer Abstraktion. Sie waren deutsche oder französische Staatsbürger, aber keine richtigen Deutschen oder Franzosen. Sie gehörten abstrakt zur Nation, aber nur selten konkret.«

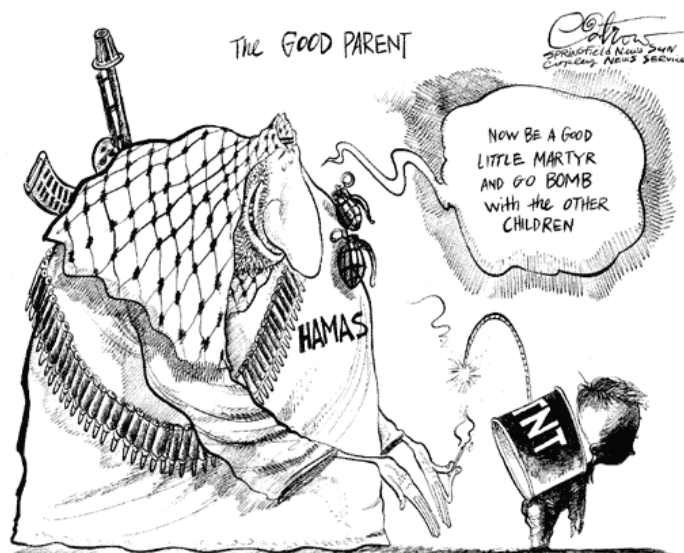
Die Situation der Juden in der Diaspora also, das heißt ihre Existenz als meist nur formelle Staatsbürger, die gleichwohl über keinen eigenen Staat verfügten, machte es leicht, sie mit Abstraktheit und Universalismus zu identifizieren.

Denn anders als »echte« Gemeinschaften verfügten sie über keine einheitliche Sprache, Geschichte, Tradition. Sie sind dem negativen Antikapitalismus ebenso wurzellos, international und unfassbar wie das internationale Kapital selbst. Darin also besteht nach Postone der verquere Antikapitalismus der Nazis und daher ist der Antisemitismus als negativer antikapitalistischer Reflex notwendig mit dem Nationalsozialismus verbunden. Für Postone ist das Ende der Röhm-Clique, die von vielen als Zeichen gewertet wurde, dass der Nationalsozialismus seine antikapitalistische Propaganda beendete, nachdem er die Macht ergriffen hatte, keinesfalls das Ende des verkürzten Antikapitalismus der Nazis. Der antisemitische Hass der Nazis auf das Abstrakte - der verkürzte Antikapitalismus - fand seinen letzten Ausdruck vielmehr in der Vernichtung der Juden in Auschwitz. »Auschwitz, nicht die ‚Machtergreifung‘ 1933, war die wirkliche ‚Deutsche Revolution‘ - die wirkliche Schein-, ‚Umwälzung‘ der bestehenden Gesellschaftsformation. Diese Tat sollte die Welt vor der Tyrannei des Abstrakten bewahren.« Und: »Auschwitz war eine Fabrik zur Vernichtung des Werts, das heißt zur Vernichtung der Personifizierung des Abstrakten.«

Leider hat Postone seinen Ansatz, den Antisemitismus mit seinem Vernichtungspotential direkt aus der Wertvergesellschaftung zu erklären, später nicht mehr weiterverfolgt. So bleibt der hier beschriebene Aufsatz bis heute einer der wichtigsten so gearteten Versuche. Und auch wenn die ursprüngliche Fassung des Textes schon 1979 entstand, so hat er bis heute nichts an Aktualität eingebüßt. Er ist vor allem für die so dringend gebotene Diskussion über einen spezifisch »linken Antisemitismus« besonders relevant, weil Postone den Antisemitismus der Nationalsozialisten verknüpft mit ihrem »antikapitalistischen« Selbstverständnis. Die Frage, die sich an Postones Ausführungen nämlich anschließt, wäre, ob diese Art »Antikapitalismus« heute eine Rolle spielt innerhalb der deutschen Linken. Der »Antikapitalismus« der Nazis richtete sich - auf der phänomenalen Ebene - gegen die angeblich reichen Jüdinnen und Juden, die das deutsche Volk ausgeraubt hätten; auf einer tieferen Ebene wurden die Jüdinnen und Juden, so Postone, identifiziert mit dem Kapitalismus selbst, mit seinen Krisen und Auswirkungen, so dass sie auch dann noch eine Gefahr darstellten, wenn sie individuell nicht von den kapitalistischen Verhältnissen profitieren.

Auffällig am Antikapitalismus der Nazis ist, dass sie das »Industriekapital«, die ganze Sphäre der Produktion von ihrem Angriff ausnahmen - und hier offenbart sich eine

Affinität zu Positionen der Linken in Deutschland, die sich zu Teilen positiv auf den Bereich der Produktion, auf die konkrete Arbeit, beruft. Das »Kapital selbst - oder das, was als negativer Aspekt des Kapitalismus verstanden wird - wird lediglich in der Erscheinungsform seiner abstrakten Dimension verstanden: Als finanz- und zinstragendes Kapital. In dieser Hinsicht steht die biologistische Ideologie, die die konkrete Dimension (des Kapitalismus) als 'natürlich' und 'gesund' dem Kapitalismus (wie er erscheint) gegenüberstellt, nicht im Widerspruch zur Verklärung des Industriekapitals und seiner Technologie. Beide stehen auf der 'dinglichen' Seite der Antinomie.«



Postone bezieht sich wie gezeigt zur Erläuterung auf Karl Marx' Ausführungen in dem Kapitel *Der Fetischcharakter der Ware* im Ersten Band des *Kapitals*. So wie die Ware eine konkrete, dingliche und eine abstrakte, übersinnliche Dimension hat, so lässt sich der ganze Kapitalismus beschreiben als Wechselbeziehung des Konkreten und des Abstrakten. Der »fetischisierte Antikapitalismus«, den Postone bei den Nationalsozialisten diagnostiziert, besteht gerade darin, die abstrakte und die konkrete Dimension als zwei getrennte Sphären wahrzunehmen: Die Produktion, auch in der Industrie, steht für das Konkrete, hingegen das Geld, die Börse und die Wertform für das Abstrakte. Der Nationalsozialismus bestand demnach in dem absurden und mörderischen Unterfangen, die vermeintlich vorkapitalistische Produktion von der als kapitalistisch verstandenen Wertform zu befreien.

Ohne hier einer Gleichsetzung das Wort reden zu wollen, drängt sich dennoch eine verhängnisvolle Parallele zu Äußerungen von globalisierungskritischen Gruppe wie Attac und anderen auf. Auch deren Antikapitalismus ist letztlich einer, der das Konkrete verklärt und das Abstrakte anprangert - »anstatt praktische und theoretische Überlegungen darüber anzustellen, was die historische Überwindung von beidem bedeuten könnte.« Solche Versuche können politisch und gesellschaftlich im besten Falle unwirksam bleiben. Im schlimmsten Fall führen sie zu einer Revolution der Vernichtung.

Postone warnt denn auch bereits 1979 eindringlich davon, jede Kritik am Kapitalismus gleich als fortschrittlich oder links zu bezeichnen:

»Die Linke machte einmal den Fehler anzunehmen, daß

sie ein Monopol auf Antikapitalismus hätte; oder umgekehrt: daß alle Formen des Antikapitalismus zumindest po-

tentiell fortschrittlich seien. Dieser Fehler war verhängnisvoll - nicht zuletzt für die Linke selbst.«

Der Kommunismus und Israel

Der Kommunismus, sagt Karl Marx, ist »das aufgelöste Rätsel der Geschichte«. Darin besteht es, daß die Spaltung der menschlichen Gattung in Herrscher und Beherrschte, in Ausbeuter und Ausgebeutete im Kapitalverhältnis einen Aggregatzustand erreicht hat, innerhalb dessen zwischen der vollendeten Verdinglichung einerseits, dem Übergang zum »Verein freier Menschen« andererseits, nur noch, wie im Handumdrehen, die Revolution zu liegen scheint, aber dennoch in immer weitere Ferne rückt. Marxisten jeglicher Couleur betreiben, statt dieses Rätsel in seiner Tragik zu denunzieren, statt es also zu kritisieren, seit je das Geschäft seiner Rationalisierung, das heißt seiner Ideologisierung. Israel ist das Schibboleth jener doch so naheliegenden Revolution; es ist der unbegriffene Schatten ihres Scheiterns. Israel ist das Menetekel, das zum einen (und ganz unfreiwillig) die kategorischen Minimalbedingungen des Kommunismus illustriert, und das zum anderen sämtliche Bestialitäten zu demonstrieren scheint, zu denen der moderne, der bürgerlich-kapitalistische Nationalstaat fähig ist. Wer Israel nicht begriffen hat, wer den Haß auf diesen Staat, den Antizionismus, und wer den Antisemitismus, das heißt den Vernichtungswillen sowohl gegen die in diesem Staat lebenden als auch gegen die kosmopolitisch verstreuten Juden, nicht begriffen hat als das, was der Antisemitismus wesentlich darstellt: den bedingungslosen Haß auf die Vernunft und damit auf die Idee einer in freier Assoziation lebenden Gattung, der hat den Kommunismus nicht als das »aufgelöste Rätsel der Geschichte« begriffen.

Den Linken ist Israel vor allem deshalb ein Graus, weil dieser Staat, weil diese Nation nicht dem Begriff der anticolonialen Revolution oder der nationalen Befreiung subsumierbar sind: es sei denn, man wolle die durchaus terroristischen Aktionen eines Menachem Begin gegen die britische Mandatsmacht als bewaffneten Antiimperialismus fassen. Israel, die »tautologische Nation« (Bahamas), ist überhaupt eine Anomalie, die in kein geschichtsphilosophisches Schema und kein politisches Interesse paßt, weder in das der Bourgeois und ihrer Kopflanger noch in das der Linken und ihrer Theoretiker.

Wie hoffnungslos das Interesse an der Aufklärung und Emanzipation der menschlichen Gattung scheint, wie aussichtslos, geradezu auf Sand gebaut die Perspektive des revolutionären Ausgangs aus der so gesellschaftlich verschuldeten wie individuell verhärteten Unmündigkeit, das demonstrieren jene, deren Geschäft und ganzer Ehrgeiz in der Verewigung der falschen Gesellschaft besteht, gar nicht einmal zu allererst. Von ihnen, den Apologeten und ihren Soziologen, Nutznießern und Ideologen ist tatsächlich nichts anderes zu erwarten als das, was sie jeden Tag in der »Frankfurter Allgemeinen« als Theorie verlautbaren lassen, zum Beispiel am 11. März: »An den Kapitalismus zu glauben heißt letztlich nichts anderes, als an den Menschen zu

glauben.« Oder an Persil. Der Satz ist so wahr und richtig wie nur noch der, wonach an den Feudalismus zu glauben in letzter Instanz bedeutet, an den Herrgott und seine Kirche zu glauben, hat aber die böse Pointe, das Kapitalverhältnis zu anthropologisieren. So leben die Menschen im Kapital, wie die Ameisen im Staat es tun: zutraulich, ganz unentfremdet und spontan. In ihrem legitimatorischen Interesse allerdings ist die FAZ mit der vollendeten Negativität des tatsächlichen Zustands intimer bekannt als die Linken, die Reform und Revolution zum Programm erhoben haben.

Deren Berufung auf Gesellschaft, auf die Klassen, auf das Interesse wirkt nachgerade lächerlich. Um diese Diagnose zu stellen, genügt nicht nur ein flüchtiger Blick in das Schriftgut dieser Bewegung, in die von der evangelischen Kirche gesponsorten »Blätter des IZ3W«, in »Wildcat« oder, für ganz Hartgesottene, in »Analyse und Kritik«. Es reicht schon hin, ihren Ikonen von Jutta Dittfurth über Claudia Roth bis Sarah Wagenknecht zuzuhören, wenn sie vom Nazifaschismus sprechen. Letztere weiß zum Beispiel, daß »es keine genetische und auch keine historische Erbanlage gab, die die ‚deutsche Nation‘ zwanghaft und unausweichlich in den Faschismus und nach Auschwitz trieb. Noch hinter der irrsinnigsten Barbarei standen rationale (und nicht ‚nationale‘!) Interessen. Krieg und Völkermord waren hochprofitabel; ‚Tod durch Arbeit‘ sicherte Mehrwertraten nahe 100 Prozent. Die Vorstellungen, die sich diese Linke von einer Welt jenseits von Kapitalismus und Faschismus nur macht, kommen dann in der Frage zum Ausdruck, die in der zur BUKO-Konferenz gestellt wird: »Wie finden wir etwas Besseres als die Nation?« Wo bleibt es denn, das Positive? So gefragt, kann die Antwort nur sein: Das gibt es schon; und es heißt: das Volk. Denn wäre die Antwort eine andere, dann würde man über die Abschaffung von Nation, Staat, Kapital reden, statt über Identität.

Wenn diese Linke über Israel schwadroniert, dann hört sich das nicht minder grausig an. Dabei liegt der Zusammenhang zwischen dem Antisemitismus und dem Vernichtungswillen gegen die zum Staat gewordene bürgerliche Gesellschaft der Juden, gegen Israel, eigentlich auf der Hand: Der sogenannte Antizionismus stellt nichts anderes dar als die geopolitische, globalisierte Reproduktion des Antisemitismus, das heißt die Erscheinungsform, die er in Weltmarkt und Weltpolitik nach Auschwitz annehmen muß. Der Antizionismus ist der aus den kapitalisierten Gesellschaften in die Welt herausgekehrte Antisemitismus. So ist Israel der Jude unter den Staaten; die Verdammung des Zionismus als eines »Rassismus« durch die UNO gibt es zu Protokoll. Das macht: die moralische Verurteilung der menschlichen Unkosten der Konstitution bürgerlicher Staatlichkeit allein am Beispiel Israels führt vor Augen, was

die Welt der Volksstaaten vergessen machen will - daß die Zentralisation der politischen Gewalt über Leben und Tod keineswegs die natürliche Organisationsform der Gattung Mensch darstellt, sondern Ausdruck eben von Herrschaft und Ausbeutung. Dabei ist Israel - und das macht die Kritik an diesem Staat so perfide und muß deshalb immer wieder gesagt werden - der einzige Staat dieser Welt, der eine unbezweifelbare Legitimität beanspruchen kann. Israel, das ist der ungleichzeitige Staat, der entstanden ist als Reaktion auf das Dementi aller Versprechungen der bürgerlichen Nationalrevolution, sowohl als Antwort auf den stalinistischen Verrat an der kommunistischen Weltrevolution als



auch in der zu spät gekommene Notwehr gegen den Massenmord an den europäischen Juden.

Was es den gutwilligen Linken, die den Antisemitismus zwar ablehnen und bekämpfen, aber doch an der israelischen Politik gegen den palästinensische Staatsgründungsversuch einiges auszusetzen haben, so schwer macht, die außenpolitische Darreichungsform des antisemitischen Vernichtungswillens auf seine kritischen Konsequenzen hin durchzubuchstabieren, liegt einerseits an ihrer Ignoranz in Sachen Kritik der bürgerlichen Staatlichkeit, andererseits an ihrem Pazifismus, der sich zu einem revolutionären Antimilitarismus so verhält wie der Mahatma zu Auguste Blanqui. Dieser Pazifismus mag, wo er in Ariel Scharon das Remake eines losgelassenen Chauvinismus nach Art des Hauses Franz Josef Strauß oder Edmund Stoiber erkennt, keineswegs auf sein Recht verzichten, wenn nicht am israelischen Staat als solchem, so doch gegen die Politik der israelischen Regierung Einwände zu erheben und Kritik zu äußern. Er regrediert damit auf den Standpunkt eines Pazifismus, der in etwa der Petra Kellys, Thomas Ebermanns und Horst-Eberhard Richters der Friedensbewegung von 1982/83 sein dürfte. Daß man, wie die Flause heißt, das »Existenzrecht« Israels anerkenne, daß man aber die Regierungspolitik doch wohl dennoch kritisieren dürfe, das wiederholt den Sozialreformismus, dessen diese Bewegung schon immer sich befleißigte. Man tut so, als käme einem diese Kritik nicht jeden Morgen aus den Tageszeitungen jedweder politischer Ausrichtung gleichlautend entgegen gequollen - ein Antisemitismus, der allein darin, daß er von sich behauptet, er wäre keiner, sich das gute Gewissen verschafft, das die Deutschen notorisch auszeichnet: Mein Name ist Möllemann, ich weiß von nichts,

und mein bester Freund ist Jude ...

Dieser Reformismus legitimiert sich, indem er in der israelischen Friedensbewegung und deren Protagonisten wie Uri Avnery, Norman Finkelstein, Felicia Langer oder Moshe Zuckermann seinen politischen Referenzpunkt entdeckt, bei Leuten also, die für Israel in etwa das bedeuten, was für die BRD der frühen Sechziger die Deutsche Friedensunion war. Die Identifikation des linksdeutschen Pazifismus mit der israelischen Friedensbewegung beruht natürlich darauf, daß man so wenig wie von ihnen jemals von Zuckermann, geschweige denn Avnery, Finkelstein oder Langer, je einen Satz über den Staat des Kapitals gehört hat, auch nicht über einen materialistischen Begriff der Shoah, der bei Zuckermann, der gerne Kritischer Theorie sich zurechnen möchte, sogar unter dem Titel »Zweierlei Holocaust« jeden Universalismus abstreift und ins Multikulturelle schwappt.

Im Wesen Israels als des ungleichzeitigen Staates der Juden liegt es aber nicht nur, Reaktion auf den Verrat an Aufklärung und Weltrevolution, nicht nur, Notwehrversuch gegen den Nazifaschismus und Asyl zu sein. Sondern eben auch, daß die üblichen Muster der bürgerlichen Rollenverteilung - hier das Gewaltmonopol des bürgerlichen Staates im allgemeinen und seine Geschäftsordnung, die Verfassung, dort das Personal, die Funktionäre, die die Regierungsausübung im besondern besorgen - für den israelischen Staates aufgrund seiner Konstitutionsbedingungen keinerlei Geltung hat. Was sich unter anderem darin zeigt, daß diese Kritiker der israelischen Regierungspolitik für den faschistischen Mob und die Behörden, die die Selbstmordattentäter belohnen, Verständnis aufbringen (es sei dies eine Folge von Besatzung und Ausbeutung), dagegen für den Versuch, die militärische Infrastruktur der Feinde Israels zu zerschlagen, am liebsten die Begriffe Auslöschung oder Ausrottung der palästinensischen Bevölkerung gebrauchen, wenn nicht gleich von »Stalingrad« die Rede ist. Wie hinter der treudoofen Frage, ob es nicht möglich sein müsse, Spekulanten als das zu bezeichnen, was sie sind, ohne gleich als antisemitisch zu gelten, so verbirgt sich hinter der treulinken Frage, ob nicht in Israel, weil es sich auch dort um eine bürgerliche Gesellschaft handele, Faschismus möglich sei, die Erkenntnis dieser Fusion, wenn auch in restlos verquerer und verschrobener Gestalt. Verquer, weil ja gerade erklärt werden sollte, wie Israel, dieser Fusion zum Trotz, eine parlamentarische Demokratie ist und bleibt; verschroben, weil diese Einheit von Staat und Regierung im Übergang von einem unerträglichen Alten (der Vernichtungsdrohung) zum noch nicht erreichten Neuen (der herrschaftslosen Gesellschaft) doch den Inbegriff dessen ausmacht, was einmal als »Diktatur des Proletariats«, d.h. als die Emanzipationsgewalt und organisierte politische Macht der Revolution, gerade auf den roten Fahnen stand. In Anbetracht der Konstitution des Staates Israel, vor dem Hintergrund der linken Staatsmythen, betreffend die »Diktatur des Proletariats«, muß jede Begutachtung der Regierungspolitik auf die spezifische Qualität dieses Staates reflektieren.

Nun soll gewiß nicht behauptet werden, Ariel Scharon sei der Lenin von Israel, aber die israelische Staatlichkeit speist sich, historisch wie strukturell, aus ihrem Wesen als parlamentarisch verfaßte und im Staat zusammengefaßte Emanzipationsgewalt. Es ist also nicht möglich, zwischen

Herrschaft und Herrschaftsausübung in der Weise zu trennen, wie man es gemeinhin macht, wenn man sich fragt, ob der Schröder oder der Stoiber das Gemeinwesen besser verwalten werden. Vielmehr bekundet, wer in dieser Weise trennt, nicht nur sein Unverständnis für die Staatlichkeit der Juden, sondern auch einen mindest diskreten Antizionismus, etwa nach Art der diesjährigen Ostermärsche, die es duldeten, daß palästinensische Nationalwimpel mitgeführt wurden, oder nach Art der famosen »Tutte bianche«, die zum Boykott israelischer Waren aufrufen, oder nach Art der eitel operaistischen Gruppe »Wildcat«, die wirklich glaubt, Israel einer ihrer famosen »Klassenanalysen« unterwerfen zu können - all dies Gewese verdrängt, daß Ariel Scharon, natürlich ohne es zu wollen, näher dran ist am Kommunismus als seine Kritiker, daß er, auf seine, ihm als General einzig mögliche Weise, den antifaschistischen Kampf führt als eine Art israelische Ausgabe von Buonaventura Durruti. Denn der Kommunismus, die staaten- und klassenlose Weltgesellschaft, verlangt, etwas Unmögliches: Rache für die Toten, für die Opfer der Barbarei; zugleich aber auch, daß niemand anders behandelt werde als nach seinem eigenen Maß: Gerechtigkeit für die Lebenden. Nur so ist der Kommunismus möglich als die gesellschaftlich bewahrheitete Maxime »Jedem nach seinem Bedürfnis, jeder nach seinen Fähigkeiten«. In dieser Perspektive ist Israel der bewaffnete Versuch der Juden, den Kommunismus noch lebend zu erreichen. Das müßte doch eigentlich gerade von Leuten verstanden werden, die vor nicht allzu langer Zeit noch von der Diktatur des Proletariats schwärmten, die sich dem Staatskapitalismus der Sowjetunion, der DDR, Chinas oder gar Albanien an den Hals warfen oder den national-völkischen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Heute konzentrieren sich alle diese abstrusen Identifikationen auf die bedingungslose Unterstützung des palästinensischen Volkes gegen Israel.

Nach dem Untergang des Marxismus-Leninismus als Systemphilosophie wie Legitimationswissenschaft gibt es keinen »wissenschaftlichen Kommunismus« mehr. Der ist abgelöst von der nicht mehr wissenschaftlich, sondern so instinktiv wie intuitiv praktizierten Fähigkeit der Linken zur welthistorischen Spökenkiekerei. Es ist dabei die autoritäre, die ontologische Setzung, die, wie schon im Marxismus-Leninismus, das problemlose Zusammenspiel von perspektivischer Wertung und empiristischer Deutung erlaubt: Keine der sklavisch verehrten Tatsachen gibt es, die nicht die vollständige Manifestation der Entfaltung des Wesens zu sich selbst wäre. Jeder gute Ideologe ist daher ein schlechter Hegelianer, der das Gefühl fürs Nicht-Identische abschneidet. Daß jede wirklich gute Ideologie aus diesem Ineinandergreifen und fugendicht sich Verzahnen von intuitiv-spontaner Illustration vermittelt von Fakten, Fakten, Fakten einerseits, andererseits aus der Rationalisierung dieser Tatsachen zum logisch widerspruchsfreien System besteht, davon kann sich überzeugen, wer etwa die Statements Stalins zum Nazifaschismus studiert oder Claudia Roth auf Grünen Parteitag hat sprechen hören. Weil Ideologie keinerlei Ratio hat, ist sie gegen Kritik immun; weil sie jede Erfahrung des je Einzelnen ausschließt, kann sie unmöglich in einen Lernprozeß eintreten. Da die Ideologie das Denken an der Wurzel tilgt, substituiert sie es durchs Kalkül aufs Interesse. Sie ist das, was Sigmund

Freuds Psychoanalyse im paradoxen Bild des »unbewußten Bewußtseins« zu fassen suchte, eben das, was Karl Marx im Zusammenhang seiner Kritik des Fetischismus über den Zusammenhang von Warenform und Denkform darlegte: »notwendig falsches Bewußtsein«, dessen Notwendigkeit.

Dies »unbewußte Bewußtsein« mag man sich vorstellen als den Schlafwandler, der über alle Abgründe hinweg sein Ziel ansteuert. In Europas allerdings ist es in alle Poren hinein antisemitisch. Ob Katholiken und Feudale, ob absolute Monarchen und bürgerliche Revolutionäre, ob Sozialdemokraten, Parteikommunisten oder Nazifaschisten, fintenreich trugen sie alle wie in Trance oder in absichtsvoll-manischer Wut das ihre dazu bei, dem gedankenlose Denken zur gnadenlosen Durchschlagskraft zu verhelfen.

Dagegen ist die Geschichtsphilosophie des Zionismus von ganz anderer Statur - und auch darin zeigt sich die historische Sonderrolle, die dem Zionismus zukommt: Die Geschichte konstruiert sich hier nicht als Zu-sich-selbst-Kommen des Wesens, sondern als der historische Zusammenhang der Katastrophen und als Abwehr der kommenden. Die Zionisten handeln, als hätten sie sich der Bewahrheitung der »Geschichtsphilosophischen Thesen« eines Walter Benjamin verschrieben. In dieser negativen Geschichtsphilosophie ist der Materialismus dem Zionismus verwandt, wenn er auch kontrafaktisch sich weigert, dessen These vom »ewigen Antisemitismus« sich anzueignen.

Der Haß auf den Zionismus hat viele Gründe, das heißt Vorwände. Sie penibel aufzuzählen, mag interessant sein, ist aber nicht von Interesse. So niederschmetternd es ist, aber es geht nicht darum, was beim Vorstoß der israelischen Armee ins Gebiet der Autonomiebehörde an Grausamkeit und Terror geschieht. Das ist der Krieg, von dem niemand je zu behaupten sich traute, er sei eine Kampagne von Amnesty International. Es geht vielmehr um das Verhältnis der »Fakten«, das heißt von Tränen, Blut und Tod, zu ihrer »Wertung«. Kein vernünftiger Mensch käme auf die Idee, aus dem fraglosen Leid der Bevölkerung von Dresden auf das historische Unrecht von Sir Arthur Harris zu folgern. Es geht auch nicht um Vergleiche, etwa um die Frage, was die Grausamkeit, die die syrischen, irakischen, iranischen Diktaturen gegen ihre eigene Bevölkerung in Szene setzen, angesichts der israelischen Militärstrategie bedeutet. Es geht auch nicht um die »fanatischen« Siedler, sondern es geht um die historische Legitimität und philosophische Dignität des Zionismus als der israelischen Nationalideologie, die die Staatlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft der Juden nach Auschwitz wesentlich motiviert und organisiert. Und da hat noch Ariel Scharon von der Aufklärung und ihrer seit 1933 negativen Dialektik mehr verstanden als jene, die sich über die Menschenrechte eines »palästinensischen Volks« echauffieren, das sie erst zum Zwecke ihrer Projektionen sich konstruiert haben. Der jüdische Nationalismus ist der Egoismus von Leuten, die nicht mehr an die unsichtbare Hand glauben können, die den Egoismus ins Gemeinwohl übersetzen würde. Daß die militante Aufklärung die Gestalt Ariel Scharons und der Panzer der israelischen Armee annimmt, das heißt die historisch derzeit einzig mögliche Form, versetzt natürlich diejenigen

in basses Erstaunen und helle Empörung, die von der Aufklärung nur gerade den »Aufklärer« (Ernst Bloch) behalten haben, der hinreicht, sich für das desaströse »Selbstbestimmungsrecht der Völker« ob proletarisch-sozialistisch à la Lenin, bürgerlich-demokratisch à la Wilson oder völkisch-nazifaschistisch à la Hitler zu engagieren. Es mag sein, daß die Juden ein »Volk« sind; Israel jedenfalls ist eine Gesellschaft.

Kein Nazifaschist hat je wirklich geglaubt, er bezöge die Ermächtigung seiner Ansprüche aus dem Teutoburger Wald; keiner seiner demokratischen Erben hat jemals tatsächlich gedacht, ihnen erwüchse Legitimität im Resultat des »Lernens aus der Geschichte«; niemals war ein Sozialist der Ansicht, es sei die famose »Befreiung der Arbeit« und nicht vielmehr das Recht auf Beute, was seine Politik im

Interesse der Arbeiterklasse motivierte. Und keinesfalls erwächst den Palästinensern irgendein Recht aus der Tatsache, daß sie zuerst da waren. Einer Gesellschaft, der Hunger kein Grund ist zur Produktion, kann auch das Leiden kein Grund sein zur Solidarität. Es ist die Ideologie, die mit der Unmittelbarkeit des Leidens agitiert, die aus dessen fragloser Evidenz Sinn zu schlagen sucht, sei es im Sinne von Caritas oder Amnesty International, sei es im Sinne der Freunde des palästinensischen Volkes für den Israelhaß der Antisemiten wie für den Islamfaschismus dieses Volkes. Ariel Scharon jedenfalls, der Zionist und praktische Antifaschist, ist dem aufgelösten Rätsel der Geschichte näher als die deutsche Linke, deren »Antifaschismus« sich als Aufstand der Anständigen à la Gerhard Schröder oder als Solidarität mit dem palästinensischen Volk ausagiert.

Weiterführende Literatur

Hermann L. Gremliza: Hat Israel noch eine Chance? Palästina in der neuen Weltordnung, Konkret Verlag, 2001

Léon Poliakov: Vom Antizionismus zum Antisemitismus, Ca ira Verlag, 1992

Léon Poliakov: Geschichte des Antisemitismus
Band VI. Emanzipation und Rassenwahn, Worms, 1987
Band VII. Zwischen Assimilation und »Jüdischer Weltverschwörung«, Frankfurt am Main, 1988

Theodor Herzl: Der Judenstaat, Ölbaum Verlag, 1996

Ernst Simmel (Hg.): Antisemitismus, Fischer Taschenbuch Verlag, 1993

Initiative Sozialistisches Forum: Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Über Israel und die linksdeutsche Ideologie, Ca ira Verlag, 2002

Moishe Postone: Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen, Ca ira Verlag, 2005

Lars Rensmann: Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotential und Aktualität, Argument Verlag, 1998

Matthias Küntzel: Jihad und Judenhass. Über den neuen antijüdischen Krieg. Ca ira Verlag, 2002.

Veranstaltungshinweise

Mittwoch :: 08.03.06 ::

Diskussion über die und...?! Texte sowie Vorbereitung auf die Grigat Veranstaltung

Sonntag :: 12.03.06 ::

»Kritik der politischen Ökonomie und Israelsolidarität«
Vortrag von **Stephan Grigat**

Donnerstag :: 13.04.06 ::

»Kommunismus und Israel« **Joachim Bruhn** referiert

Freitag :: 14.04.06 ::

Soliparty für den »ça ira« Verlag und das ISF

Mittwoch :: 24.05.06 ::

»Ein Gläschen Yarden - Wein auf den israelischen Golan« Vortrag von **Karl Selent**

Mehr Infos zu den Veranstaltungen im Netz:
jugendclub-bureau.de
Veranstaltungen jeweils um 19.30 Uhr im
Jugendclub Bureau

V.i.S.d.P.:

Redaktion ...und?! | Clara Fall | c/o Jugendclub Bureau
Hafnersgraben 9 | 92237 Sulzbach-Rosenberg
mail: u-n-d@gmx.net